

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

April–Juni



2/2012

Statistisches Bundesamt

Informationen aus der amtlichen Statistik
Nr. 2/2012
April – Juni 2012

Fotorechte: © Corbis/42-15515296 (RF)

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats.

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im Juli 2012

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	Seite
Editorial: „Wo geht eigentlich <i>unsere</i> Reise hin?“	4
Behördenleitertreffen beim Statistischen Bundesamt: Statistik ist bunter als zunächst gedacht	5
Interview mit Präsident Egeler zur Statistikkoooperation und zum Besuch in der Mongolei	6
Amtsleiterkonferenz in Schwerin	8
Neue EU-Statistik-Verordnung	9
13. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss)	9
Sitzung des OECD-Statistikausschusses	11
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	13
Informationen zum Zensus 2011	14
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	14
Aktuelles aus dem STATmagazin	14
EU-Vergleich der Arbeitskosten und der Lohnnebenkosten für das Jahr 2011	14
Elterngeld: Erwerbstätigkeit von Frauen führt zu höherer Väterbeteiligung	15
Wahlen	15
Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag	15
Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation	17
Auf ein Wort: Leiterin der Abteilung B – Sibylle von Oppeln-Bronikowski	17
Urban Audit-Sitzung	21
OECD WPTI-Workshop „Measuring Well-being“	21
6. INSPIRE-Konferenz	22
Diskussion auf SWR 2: Zahlenakrobatik – wie wir uns von Statistiken täuschen lassen	23
Ägyptische Präsidentschaftswahlkommission zu Besuch beim Bundeswahlleiter	24
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt	24
Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“	24
44. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	25
Bevölkerung, Finanzen und Steuern	25
Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes und von steuerlichen Vorschriften	25
Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“	26
Ausländische Bevölkerung im Jahr 2011	26
Deutsch-Chinesisches Projekt „Erwerbstätigenstatistik“ erfolgreich abgeschlossen	27
Landwirtschaft, Umwelt	27
Fachausschuss „Agrarstatistiken“	27
Mehr Treibhausgas Schwefelhexafluorid in 2011 abgesetzt	28
Gesundheit, Bildung	29
Gesundheitsausgaben 2010	29
Bericht „Bildung in Deutschland 2012“	30
Hochschulen auf einen Blick 2012	30
200 400 Promovierende im Wintersemester 2010/2011	30
Ausgaben für öffentliche Schulen 2009	31
Personalnachrichten	31
Anhang	
Tagungskalender	
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Juli 2012	

Editorial: „Wo geht eigentlich *unsere* Reise hin?“



Sehr geehrte Damen und Herren,

soeben hat mein Haus den „Strategie- und Programmplan 2012–2016“ herausgebracht. Die aktuelle, siebte Ausgabe empfehle ich – gerne auch als Urlaubslektüre – allen, die schnell einen Überblick über Stand und Perspektiven der Bundesstatistik gewinnen wollen und zugleich die Möglichkeit wünschen, in die Tiefe zu gehen, wo es sie interessiert. Kapitel eins stellt die aktuellen Entwicklungen im deutschen Verbund der statistischen Ämter sowie im Europäischen Statistischen System dar und enthält unter anderem den im vorigen Jahr überarbeiteten Verhaltenskodex für Europäische Statistiken im Volltext.

Im Mittelpunkt steht – ganz wörtlich, nämlich im zweiten, mittleren Kapitel – die aktualisierte Strategie des Statistischen Bundesamtes. Unsere Leitungsklausur, eine alljährliche Klausurtaugung der Amtsleitung mit allen Abteilungsleitungen, hatte Ende 2011 fünf Handlungsfelder identifiziert und zu jedem Handlungsfeld strategische Ziele erarbeitet. Darin sind die bisherigen Ziele „fit 2012“ aufgegangen. Kapitel zwei des Strategie- und Programmplans stellt die so entstandene neue Strategie des Statistischen Bundesamtes vor und gibt Beispiele für Maßnahmen, mit denen wir diesen Zielen näher kommen wollen.

Kapitel drei spiegelt unser gesamtes Arbeitsgebiet wider: Ob Agrarzensus, Steuerstatistik oder Zeitbudgeterhebung. Hier finden Sie alle unsere Produkte, thematisch gegliedert, mit den Eckwerten für die Kosten des vergangenen Jahres und den laufenden und geplanten Projekten zur Weiterentwicklung. Schon beim „Querlesen“ wird die Bandbreite der Bundesstatistik deutlich.

Der Strategie- und Programmplan bildet als Mehrjahresprogramm eine Momentaufnahme der Planung und erklärt den finanziellen Rahmen des Haushaltsvoranschlags inhaltlich. Er ist das Bindeglied zwischen der Strategie (mittelfristig) und der Jahresarbeitsplanung (kurzfristig). Die Auflistung aller Maßnahmen erleichtert es, auch bei der internen Planung Maßnahmen gegeneinander abzuwägen und Prioritäten im Programm zu setzen. Die Datenbasis für diese Informationen ist unsere interne Datenbank, die wir auch zur Jahresarbeits- und IT-Planung nutzen.

Die aktuelle Ausgabe des Strategie- und Programmplans steht Ihnen als elektronische Fassung auf unserer [Webseite](#) zur Verfügung. Falls Sie eine gedruckte Ausgabe wünschen, können Sie diese formlos bei den Kollegen im Referat B 101 unter der Telefonnummer 0611 75 4551 oder unter b1-nat@destatis.de anfordern.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie bei Gelegenheit ein wenig darin stöberten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Roderich Egeler

Behördenleitertreffen beim Statistischen Bundesamt: Statistik ist bunter als zunächst gedacht



Mit „Funny Figures“ – der künstlerisch-grafischen Interpretation statistischer Zahlen durch Studierende der Hochschule Rhein-Main – und Fotos vom Arbeitsalltag im Statistischen Bundesamt der sechziger Jahre begann das diesjährige Treffen der Behördenleiter aus dem Raum Rhein-Main-Mosel, zu dem Präsident Roderich Egeler am 2. Juli 2012 ins Statistische Bundesamt an den Gustav-Stresemann-Ring geladen hatte.

Die jährliche Zusammenkunft dient der Kontaktpflege und dem Erfahrungsaustausch über aktuelle Entwicklungen in der Bundesverwaltung; die Gastgeberrolle wechselt reihum.

Teilgenommen haben Prof. Dr. Hansjörg Kutterer (Präsident des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie), Michael Behrendt (Leiter der Bundesanstalt für Gewässerkunde), Dr. Klaus Vornhusen (Konzernbevollmächtigter für Hessen der Deutschen Bahn AG), Hans-Joachim Kohse (Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank), Dr. Arnold Wallraff (Präsident des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle), Dr. Michael Hollmann (Präsident des Bundesarchivs) und Gerhard Heuschkel (Abteilungspräsident der Wehrbereichsverwaltung West).



Das Thema Architektur und Sanierung begleitete unsere Gäste durch den Abend – von der Besichtigung des Hauses mit Stopps in der Kommunikationszone der Gruppe B 3, dem Gerhard-Fürst-Saal und im Technik-Raum des Paternosters bis hin zu Roderich Egelers Präsentation zur Rolle des Statistischen Bundesamtes als Informationsdienstleister und Anbieter hochwertiger statistischer Produkte.

Die Teilnehmer waren schließlich sehr beeindruckt und überrascht von der Vielfalt der Arbeiten, die in unserem Hause erledigt werden, um allen Interessierten stets verlässliche Daten zur Verfügung stellen zu können. Ein Beispiel dafür lieferte ein kurzer Ausflug in das Pretest-Labor, wo die Teilnehmer in einem Live-Test erfahren konnten, wieso die Fragebogen-Gestaltung eine große Rolle im Prozess der Statistik-Produktion spielt – nach dem Motto „Wer gute Fragen stellt, bekommt auch gute Antworten“.

Beim anschließenden Get together nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit, sich untereinander besser kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen. Da die eine oder andere der vertretenen Behörden derzeit vor ähnlichen Herausforderungen steht, wie Destatis im Jahr 2005, sorgte die Sanierung des Hauses und deren Tücken für weiteren Gesprächsstoff. Das Treffen hat dazu beigetragen, das Bild des Statistischen Bundesamtes bei den Leitern der „Nachbarbehörden“ um bisher unbekannt Facetten zu erweitern. Das Fazit des Abends war: Die Statistik ist bunter als zunächst gedacht!

Interview mit Präsident Egeler zur Statistikkoooperation und zum Besuch in der Mongolei



Seit August 2010 führt das Statistische Bundesamt das von der Weltbank finanzierte Projekt zur Weiterentwicklung des nationalen Statistiksystems der Mongolei durch. Bis Ende 2014 beraten Expertinnen und Experten des Statistischen Bundesamtes die mongolischen Partner zu methodischen Fragen in verschiedenen wichtigen Statistikbereichen. Dabei werden sie unterstützt von Kolleginnen und Kollegen aus den Statistischen Landesämtern sowie von internationalen Fachleuten. Zur Halbzeit des Projektes hatte Präsident Roderich Egeler die Möglichkeit, sich bei einem Besuch in der Mongolei persönlich über die bisher erreichten Ergebnisse zu informieren und einen Blick auf die künftige Zusammenarbeit beider Ämter zu richten. Im folgenden Interview beschreibt Präsident Egeler die internationale Kooperation und welche persönlichen Eindrücke er bei seinem Besuch in der Mongolei gewonnen hat.

Herr Egeler, das Statistische Bundesamt arbeitet seit fast 20 Jahren in der internationalen Kooperation eng mit vielen Statistikämtern zusammen. Was sind die Beweggründe hierfür?

Der Auftrag für die deutsche internationale Kooperation resultiert aus den außen- und wirtschaftspolitischen Verpflichtungen und Prioritäten der Bundesrepublik Deutschland. In den Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit in Europa, verschiedenen Verträgen über die Europäische Union und den Staatsverträgen mit den Partnerländern sind Vereinbarungen getroffen worden, den Aufbau der amtlichen Statistik in den Empfängerländern finanziell und personell zu unterstützen. Dies wird auch unterstützt durch Resolutionen der Vereinten Nationen. In Ergänzung dazu existieren bilaterale Vereinbarungen mit einigen der wichtigsten Partner der deutschen internationalen Kooperation. Die internationale Kooperation ist somit eine wichtige Aufgabe der amtlichen Statistik in Deutschland, bei der zunehmend auch die Statistischen Landesämter mitwirken.

In welchen Regionen hat sich das Statistische Bundesamt bisher engagiert?

In der Anfangsphase lag der Fokus unserer Aktivitäten auf der Kooperation mit unseren östlichen Nachbarländern. Die bisher vollzogenen Beitritte neuer Mitgliedsstaaten zur Europäischen Union wurden von der internationalen Kooperation aktiv begleitet, denn unabdingbare Voraussetzung für den Beitritt war die vollständige Übernahme des „acquis communautaire“ – also des gemeinschaftlichen Besitzstands, die Gesamtheit des für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlichen EU-Rechts – im Bereich der Statistik. Dies gilt auch für die (potenziellen) Beitrittskandidatenländer auf dem Balkan und für die Türkei, die wir auch unterstützen.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Engagements liegt östlich im asiatischen Raum. Neben Russland wären hier in jüngerer Zeit in erster Linie Aserbaidschan, Tadschikistan und Kasachstan zu nennen. Mit dem Statistikamt der Volksrepublik China arbeiten wir seit 1994 sehr erfolgreich auf der Grundlage einer bilateralen Kooperationsvereinbarung zusammen und seit Mitte der 1990er Jahre verbindet uns auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem nationalen Statistikamt der Mongolei.

Stichwort Mongolei. Kürzlich haben Sie das Statistische Amt in Ulan Bator, der mongolischen Hauptstadt, besucht. In welchem Zusammenhang stand Ihr Besuch?

Seit August 2010 führen wir gemeinsam mit dem koreanischen Statistikamt ein von der Weltbank finanziertes Twinningprojekt zur Weiterentwicklung des nationalen Statistiksystems der Mongolei durch und arbeiten eng mit dem mongolischen Statistikamt zusammen. Ziel dieses Projektes ist es, das mongolische Statistiksistem an internationale Standards heran zu führen, so dass wissenschaftlich fundierte und vergleichbare Zahlen veröffentlicht werden können. Bis Ende 2014 leisten wir Beratungshilfe in den verschiedensten Bereichen, wie z. B. Organisation, Personalmanagement, Veröffentlichungen, Statistische Register und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, um nur einige zu nennen. Auch ein IT-Plan zur Modernisierung der IT-Architektur, der mit unserem koreanischen Partner entwickelt wurde, gehört zum Aufgabenbereich des Projektes. Mein Besuch diente dazu, einen Überblick über das bisher Erreichte zu gewinnen und auch einen Blick nach vorne zu richten.

Wie bewerten Sie die bisher erzielten Projektergebnisse?

Ausgehend von den Empfehlungen unserer Expertinnen und Experten haben unsere mongolischen Partner bereits Verbesserungen in vielen Bereichen erzielt. Hier sind beispielhaft Verbesserungen in den Bereichen Mitarbeiterschulungen, Qualitätskontrolle, Veröffentlichungen und Stichprobenverfahren zu nennen. Herzstück eines effizient arbeitenden Statistiksyste-
ms ist eine moderne IT-Infrastruktur. Der in Zusammenarbeit mit unseren koreanischen Partnern erstellte IT-Plan geht jetzt in die Umsetzungsphase. Insgesamt äußerte sich die mongolische Seite sehr zufrieden über die Arbeit der Expertinnen und Experten des Konsortiums. Dies hat sich auch durch meine persönlichen Eindrücke bestätigt. Wenn wir unser gemeinsames Projekt Ende 2014 abgeschlossen haben werden, wird die Mongolei über eines der modernsten und fortschrittlichsten Sta-
tistiksysteme in der Region verfügen.

Gibt es bereits Überlegungen, wie die Zusammenarbeit mit der mongolischen Statistik nach Abschluss des laufenden Projektes fortgesetzt werden kann?

Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass nach Abschluss des Projektes noch Beratungsbedarf in weiteren Statistikbereichen bestehen wird, wobei hier insbesondere Statistiken im Umweltbereich und im Rohstoffsektor zu nennen sind. Die mongoli-
schen Kolleginnen und Kollegen arbeiten bereits an Vorschlägen, wie unsere Kooperation weiter fortgesetzt werden kann. Gemeinsam werden wir dann entscheiden, wie wir künftig zusammen arbeiten werden.

Welche Eindrücke haben Sie bei Ihrem Besuch in der Mongolei von Land und Leuten gewonnen?

Meine mongolischen Gesprächspartner haben sich als ausgesprochen wissbegierige Kolleginnen und Kollegen dargestellt. Ich konnte mich davon überzeugen, dass die Informationen, Schulungsangebote und Expertengespräche auf fruchtbaren Boden fallen und die amtliche Statistik der Mongolei nachhaltig verändern werden. Das wird im Übrigen auch durch die regelmäßigen Gespräche mit Vertretern der Weltbank bestätigt. Aber nicht nur diese messbaren Erfolge unserer gemeinsa-
men Arbeit will ich herausstellen. Es ist auch die sehr liebenswerte Art der Menschen, die den Aufenthalt für mich zu einem eindrucksvollen Erlebnis machte.

Wird das Statistische Bundesamt weiterhin in der internationalen Kooperation tätig sein?

Wie ich eingangs erwähnte, arbeiten wir in der internationalen Kooperation in Einklang mit den Prinzipien und Zielen der deutschen Außenpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit. Über die internationale Kooperation bietet sich für uns die Gelegenheit, die Rolle und die Bedeutung der amtlichen Statistik in einer modernen und demokratisch verfassten Gesell-
schaft eindrucksvoll zu dokumentieren. Solche Projekte fördern zudem die Wertschätzung und die Anerkennung der deut-
schen amtlichen Statistik in der internationalen statistischen Gemeinschaft. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes sowie für die Kolleginnen und Kollegen aus den Statistischen Landesämtern, die in der Koopera-
tion tätig sind, bietet sich dabei die Möglichkeit, über den Tellerrand hinaus zu schauen, andere Statistiksyste-
me kennen zu lernen und zu deren Weiterentwicklung beizutragen. Nebenbei schulen unsere Expertinnen und Experten ihre Problemlö-
sungskompetenz und sammeln wertvolle kulturelle Erfahrungen. Durch den gegenseitigen Austausch lernen also beide Sei-
ten voneinander. Deshalb ist die internationale Kooperation eine wichtige Aufgabe für unser Haus.

Herr Egeler, vielen Dank für das Gespräch.

Amtsleiterkonferenz in Schwerin

Die Mai-Sitzung der Amtsleiterkonferenz (ALK) findet traditionell rotierend in einem der Statistischen Landesämter statt. In diesem Jahr übernahm Doris Petersen-Goes, die Leiterin des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern den Vorsitz der Mai-ALK und lud die Amtsleiterinnen und Amtsleiter am 14. Mai 2012 in das Amt für innere Verwaltung in Schwerin ein. Auf der Tagesordnung standen vor allem strategische Themen, wie die Schwerpunktplanung 2013. Diese wurde durch eine hochrangige Arbeitsgruppe, bestehend aus sieben Amtsleiterinnen und Amtsleitern, vorbereitet. Die ALK unterstützte die Arbeiten der Arbeitsgruppe. Eine Projektgruppe – Mitglieder sind die Stellvertreter der sieben in der Arbeitsgruppe beteiligten Amtsleitungen – wird die Themenfelder systematisieren, mit konkreten Zielen versehen und der Arbeitsgruppe Maßnahmen zu deren Erreichung vorschlagen. Das zweite Treffen der Arbeitsgruppe findet im Herbst 2012 statt. Die endgültige Entscheidung über die Schwerpunkte 2013 wird in der ALK am 6. und 7. November 2012 fallen.

Abweichend von diesem Zeitplan hat die Mai-ALK das Qualitätsmanagement (im Allgemeinen und im Besonderen in der Staatsfinanzstatistik) – auf Empfehlung des ALG FS – bereits als Schwerpunktthema definiert.

Das ALG FS hat der Mai-ALK außerdem konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die zur Vorbereitung des EDP-Notifikationsbesuches und des neuerdings vorgeschalteten Upstream-Dialogue-Visits Eurostats für Frühjahr 2013 umgesetzt werden. Diese Besuche finden regelmäßig in allen EU-Mitgliedstaaten statt und dienen der Qualitätssicherung in den Staatsfinanzstatistiken.

Die Mai-ALK verabschiedete darüber hinaus den Endbericht der Reform der Unternehmensstatistik. Die Umsetzung des im Endbericht enthaltenen Konzepts für ein kohärentes System der Unternehmensstatistiken zählt ebenfalls zu den Schwerpunktthemen 2013. Das weitere Vorgehen wird die Arbeitsgruppe zur Schwerpunkteplanung im Herbst festlegen.

Die Mai-ALK hat des Weiteren über die Veröffentlichungspraxis der Verbraucherpreise beraten. Künftig veröffentlichten Bundes- und Landesämter ihre Zahlen zum Verbraucherpreisindex gemeinsam an einem Tag – die Statistischen Landesämter am Vormittag und das Bundesamt am Nachmittag. Die vorläufigen Ergebnisse werden deutschlandweit zwei Arbeitstage vor Ablauf des Berichts-

monats bekanntgegeben. Die gewonnene Zeit ermöglicht eine zusätzliche Qualitätssicherung, Quervergleiche zwischen einzelnen Bundesländern und die fristgerechte Lieferung an Eurostat. Endgültige Ergebnisse liegen deutschlandweit drei Arbeitstage nach Ablauf des Berichtsmonats vor.

Weitere Verhandlungsergebnisse der ALK am 14. Mai betrafen das Bund-Länder-Projekt „E-Learning“, für dessen Entwicklung ein endgültiger Kostenrahmen abgestimmt werden konnte. Die Umsetzung wird voraussichtlich in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAKöV) realisiert.

Anschließend wurde die Amtsleiterkonferenz über den Zeitplan für das Projekt „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“ informiert. Begleitet wird das Projekt von einer Projektsteuerungsgruppe unter Vorsitz des Statistischen Bundesamtes, an der die Patenländer (Berlin-Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen) sowie die Ämter Baden-Württembergs, Bayerns und von Rheinland-Pfalz mitwirken. Auf Basis vorangegangener Projekte in diesem Bereich soll ein Grobkonzept zum weiteren Vorgehen erarbeitet werden. Zur Entwicklung dieses Grobkonzeptes werden Workshops zu bestimmten Fachfragen eingerichtet und die Referentenbesprechungen „Mikrozensus“ und „laufende Wirtschaftsrechnungen“ eingebunden. Das Konzept wird dem ALG FS im Oktober und der November-ALK mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt. Die endgültige Verabschiedung des Konzeptes ist für die erste ALK im Jahr 2013 geplant.

Ebenfalls wurde die Amtsleiterkonferenz über den Beschluss und die Beweggründe der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe „Projektstatus URS-Neu“ informiert, die sich für die Aufbereitung des Verarbeitungszyklus 2012 im URS 95 ausgesprochen hat. Mit diesem Beschluss wurde die Produktivsetzung des URS-Neu auf 2013 verschoben. Um sicherzustellen, dass die Software 2013 einsatzbereit ist, soll bis zur Herbstsitzung des Lenkungsausschusses Optimierte Kooperation (LA OPTIKO) ein Review der Softwarearchitektur durchgeführt werden.

Abschließend wurden die Themen des 13. Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) diskutiert (siehe Beitrag auf S. 9 in diesem Heft).

Die nächste ALK tagt am 6. und 7. November 2012 in Wiesbaden.

Neue EU-Statistik-Verordnung



Die Europäische Kommission (KOM) hat eine Änderung der Verordnung (EG) 223/2009 („EU-Statistik-Verordnung“) vorgenommen, um die Unabhängigkeit, die Zuverlässigkeit und das Qualitätsmanagement der von den Mitgliedstaaten vorgelegten und auf EU-Ebene zusammengestellten Statistiken rechtlich weiter zu stärken. Folgende Punkte sind neu:

- Stärkung der professionellen Unabhängigkeit.
- Stärkung der bereits in der gegenwärtigen EU-Statistik-Verordnung festgeschriebenen Koordinierungsrolle der nationalen statistischen Ämter (NSÄ).
- Bestimmungen, die den Zugang zu Verwaltungsdaten für die Erstellung europäischer Statistiken erweitern und sichern sowie Qualitätsanforderungen an Verwaltungsdaten.
- Regierungen der Mitgliedstaaten sollen „Verpflichtungen für zuverlässige Statistiken“ unterzeichnen und damit auf höchster politischer Ebene zusagen, den Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) uneingeschränkt zu befolgen.

Ebenfalls vorgesehen sind Anpassungen im Rechtsetzungsverfahren aufgrund des Lissabon-Vertrages (Durchführungsbestimmungen und delegierte Rechtsakte).

Am 17. April 2012 hat die KOM den Verordnungsentwurf zur Revision der EU-Statistik-Verordnung angenommen und formell an den Rat übermittelt. Nähere Informationen hierüber finden Sie in der Pressemitteilung der KOM „Kommission macht EU-Statistiken unabhängiger und zuverlässiger“ die im Internetangebot der Europäischen Union (www.europa.eu) zur Verfügung steht.

Die Ratsarbeitsgruppe Statistik hat sich in ihrer Sitzung am 20. Juni 2012 erstmalig mit diesem Entwurf befasst.

Der Verordnungstext steht sowohl in [deutscher](#) als auch in [englischer](#) Sprache zur Verfügung.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2921 oder unter www.destatis.de/kontakt.

13. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss)



Die im Ausschuss für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) vertretenen Amtsleitungen der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) treffen sich viermal jährlich. Auf der Tagesordnung stehen wichtige statistische Rechtsakte und strategische Fragen. Zur Eröffnung der 13. Sitzung am 23./24. Mai 2012 hielt Algirdas Šemeta, EU-Kommissar für Steuern, Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung, einen Vortrag über die wesentlichen Anforderungen und Entwicklungen des Europäischen Statistischen Systems (ESS). In einem die Sitzung des ESS-Ausschusses vorbereitenden Seminar hatte Eurostat über seine Strategie für eine neue Geschäftsarchitektur für das ESS und für die Modernisierung von Intrastat hin zu einer europäischen Single Market Statistik SIMSTAT informiert.

Der ESS-Ausschuss unterstützte generell den von Eurostat vorgelegten Entwurf für das Jahresprogramm 2013 und die Vorschläge für negative Prioritäten für 2013. Das Jahresprogramm 2013 wurde entsprechend dem Mehrjahresprogramm 2013 bis 2017 neu strukturiert. Mehrere Mitgliedstaaten (auch Deutschland) sehen das Programm nach wie vor als sehr ehrgeizig an. Die Mitgliedstaaten können bis Ende Juni 2012 weitere Vorschläge zu Programm und negativen Prioritäten einreichen. Auch die Direktorengruppen und der Europäische Beratende Ausschuss für Statistik werden in die weiteren Diskussionen einbezogen. Das nächste Treffen der High Level Group für negative Prioritäten wird Ende September 2012 stattfinden. Der ESS-Ausschuss wird sich auf seiner November-Sitzung abschließend mit dem Jahresprogramm und den negativen Prioritäten für 2013 befassen.

Die Mitgliedstaaten unterstützen die neue ESSnet-Strategie von Eurostat. Der künftige Schwerpunkt soll auf mit hohem Finanzvolumen ausgestattete Top-down-Projekte zur Konzeption einer gemeinsamen Geschäftsarchitektur des ESS (Vision Implementing Projects – VIP) gelegt werden. Von den Mitgliedstaaten (unter anderem auch von Deutschland) wurde wiederholt der hohe administrative Aufwand für die ESSnet-Projekte betont und ein nachhaltigeres Monitoring gefordert. Darüber hinaus

sprachen sie sich auch gegen den von Eurostat geplanten geringeren Finanzierungsanteil für Mitgliedstaaten aus; Eurostat wird diesen Aspekt berücksichtigen. Es wurde vereinbart, die ESSnet-Projekte in die statistische Programmplanung unter Leitung der Direktorengruppe Methodik (DIME) einzubeziehen.

Der von Eurostat vorgeschlagene Ansatz für eine einheitliche Validierungspolitik wird von den Mitgliedstaaten unter der Voraussetzung unterstützt, dass sich das Projekt auf die Entwicklung einer gemeinsamen, formalen Spezifikationsprache, aber nicht auf die verpflichtende Übernahme von IT-Werkzeugen bezieht. Eurostat wird dem ESS-Ausschuss im November einen detaillierten Vorschlag vorlegen.

Eurostat bereitet die ESS-Vereinbarung für das Ad-hoc-Modul „Arbeitsunfälle und sonstige berufsbedingte Gesundheitsprobleme“ der Arbeitskräfteerhebung vor. Deutschland kann die Vereinbarung erst nach Vorliegen einer nationalen Rechtsgrundlage (voraussichtlich im Herbst 2012) unterzeichnen. Eurostat teilte mit, dass die Grundverordnung bezüglich der Finanzierung geändert werden wird; die ESS-Vereinbarung für das Modul 2013 soll kein Präjudiz für die künftige Legislativpolitik sein. Für das Modul 2013 wird in Kürze die Ausschreibung erfolgen, die Mitgliedstaaten werden gebeten, ihre Finanzierungsanträge einzureichen.

Der ESS-Ausschuss (mit Ausnahme von Malta) stimmte dem SIMSTAT-Projekt nach einer intensiven, teilweise kontrovers geführten Diskussion in den Grundprinzipien zu; das Projekt kann somit gestartet werden. Eurostat plant mit SIMSTAT eine „neue Generation von Statistiken für die globalisierte Wirtschaft“, also einen erheblichen Systemwechsel, mit dem eine 50-prozentige Entlastung der Berichtspflichtigen erreicht werden soll. Das Projekt ist Teil der Reform der Unternehmenstatistiken (Framework Regulation to integrate Business Statistics – FRIBS). Der Fokus von SIMSTAT soll auf der europäischen, nicht auf der nationalen Ebene liegen. Weiter gehender nationaler Datenbedarf, insbesondere im Hinblick auf die Importseite, sei national zu regeln. Ziel Eurostats ist es, in die Qualität der Exportflüsse „zu investieren, damit diese den neuen globalisierten Anforderungen genügen“. Es ist vorgesehen, einen Rechtsrahmen aufzubauen, mit dem die vertraulichen Daten als gemeinsames Gut zwischen den statistischen Institutionen des ESS und des Systems der Zentralbanken (ESZB) für statistische Zwecke gleichsam in einem „Schengen-Raum“ ausgetauscht werden können.

(Der Mikrodatabaustausch soll im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistiken als generelles Prinzip festgeschrieben werden und künftig nicht nur die Außenhandels-, sondern alle Unternehmensmeldungen erfassen.) Für die Implementierung dieser neuen Geschäftsarchitektur sollen finanzstarke VIP-ESSnets aufgelegt werden.

Von Seiten der Mitgliedstaaten wird das von Eurostat geplante 50-prozentige Reduktionsziel als kritisch angesehen, eine Reduzierung der Belastung der Berichtspflichtigen darf nicht mit Qualitätseinbußen einhergehen. Es wurde vereinbart, dies bei der künftigen Kommunikation des SIMSTAT-Projekts zu berücksichtigen. Die Mitgliedstaaten sprachen sich einheitlich gegen den Vorschlag Eurostats aus, die Tiefe der Warengliederung vom 8-Steller auf den 6-Steller zu reduzieren. Eurostat sagte zu, von diesem Vorschlag abzugehen. Von den Mitgliedstaaten wurde auch die Erfassung des Ursprungslands als weiterhin notwendig erachtet. Sie forderten daher, im Rahmen des Projekts auch die den Mitgliedsländern gegebenenfalls entstehenden Kosten zu ermitteln und eine Nutzen-Kosten-Analyse vorzusehen. Im Hinblick auf die in einigen Mitgliedstaaten sehr restriktiven Datenschutzbestimmungen wurde der von Eurostat geplante Mikrodatabaustausch intensiv diskutiert; der Kreis der zugangsberechtigten Institutionen ist genau festzulegen. Sehr große Probleme sahen kleine Länder in Bezug auf ihre Außenhandelsstatistiken. Es wurde vereinbart, diese Erfordernisse zu berücksichtigen; dies kann, wie auch von Deutschland betont wurde, aber nicht zulasten anderer Länder gehen.

Die Gremienstruktur des ESS soll künftig systemisch ausgerichtet sein, das heißt für das gesamte ESS soll es eine einheitliche Governance-Struktur geben; die bisherigen fachspezifischen Gremien (zum Beispiel Zahlungsbilanzausschuss, Ständiger Agrarstatistischer Ausschuss) sollen aufgelöst werden. Von Seiten der Mitgliedsländer wird der systemische Ansatz unterstützt, unter anderem von deutscher Seite wird dabei die Notwendigkeit betont, auch Fachleute aus anderen Bereichen einzubeziehen.

Deutschland stimmte dem Verordnungsentwurf der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 nach wie vor nicht zu, da wichtige Aspekte wie zum Beispiel Mitspra-

cherechte der nationalen Statistikämter bei den Zugangsmöglichkeiten, wirksame Sanktionen bei Regelverstößen, keine Weitergabe von Einzelangaben an Stellen außerhalb des ESS, noch nicht geregelt sind. Nach Aussage Eurostats sind Sanktionen in europäischen Verordnungen nicht möglich. Die Diskussion zeigte, dass es in den Mitgliedstaaten große Verfahrensunterschiede in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten gibt. Eurostat wird eine schriftliche Abstimmung nach dem Mehrheitsverfahren durchführen.

Der ESS-Ausschuss beschloss, ab 2013 einen Jahresbericht für das ESS zu veröffentlichen. Der Bericht soll die Wahrnehmung des ESS in der Öffentlichkeit erhöhen. Das Statistische Bundesamt ist Mitglied des Redaktionsteams.

Eurostat informierte über sein neues methodisches Projekt zur Ermittlung globaler Wertschöpfungsketten. Hierfür gibt es international bislang noch kein Konzept. Eurostat hat die Konzeption eines Messrahmens ausgeschrieben und extern vergeben. Für den 9. und 10. Oktober 2012 ist in Luxemburg ein offener Workshop geplant. Die Basis des Konzepts wird FRIBS/SIMSTAT sein.

Die nächste Sitzung des ESS-Ausschusses in Verbindung mit der DGINS-Konferenz 2012 findet vom 24. bis 26. September 2012 in Prag statt.

Sitzung des OECD-Statistikausschusses

Am 4. und 5. Juni 2012 tagte in Paris der Statistikausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Wichtigste Aufgaben des 2004 auf Amtsleiterebene eingerichteten OECD-Statistikausschusses (CStat) sind:

- Empfehlungen zur Ausrichtung der Statistikpolitik der OECD zu geben,
- hohe Qualitätsstandards der OECD-Statistiken sicherzustellen,
- methodische Empfehlungen zu genehmigen und gemeinsame Standards anzunehmen sowie
- die Budget- und Programmplanung.

Der Entwurf des Arbeitsprogramms und der Budgetplanung für die Jahre 2013 bis 2014 wurden vom OECD-Statistikausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen. Der vorgelegte Entwurf enthielt die vom erweiterten CStat-Büro erarbeitete weitere Spezifizierung der einzelnen Arbeitsbereiche und Projekte und berücksichtigte die im schriftli-

chen Verfahren durch die Mitgliedstaaten vorgenommene Priorisierung der Programminhalte. Das Gesamtergebnis der Priorisierung entsprach weitgehend der von Deutschland vertretenen Position. Insgesamt werden im Programmwurf diejenigen Projekte als prioritär bezeichnet, die sich mit der methodischen Weiterentwicklung und der Verbesserung der Datenlage in den Bereichen Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preisstatistiken und Statistiken zum internationalen Handel mit Waren und Dienstleistungen befassen. Die OECD-Statistikabteilung informierte darüber, dass die Projekte mit geringerer Priorität aber weiterverfolgt werden, da es sich in der Regel um langfristig angelegte Projekte handele, die über den Planungszeitraum 2013/2014 hinausgehen. Der Entwurf des Arbeitsprogramms und der Budgetplanung für die Jahre 2013 und 2014 wird Ende Juni 2012 dem OECD-Finanzausschuss zur Genehmigung vorgelegt.

In der Frage der Nutzung des zunehmenden Daten- und Informationsangebots aus dem Internet beziehungsweise durch die Nutzung von Smartphones (das Phänomen bezeichnet die OECD als „Big Data“) stimmten die Mitglieder des OECD-Statistikausschusses überein, dass sich die amtliche Statistik dieser Herausforderung stellen müsse. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik sind diese Daten jedoch in der Regel nicht transparent, was die Beschreibung der Datenquellen und weiterer Metadaten betrifft. Dies schließt eine Bewertung der Qualität aus oder erschwert diese zumindest. Darüber hinaus werden solche Informationen häufig nicht kontinuierlich bereitgestellt. Allerdings könne sich die amtliche Statistik den Möglichkeiten der Beobachtung technologischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen auf der Grundlage solcher Informationsquellen nicht verschließen. Es sei deshalb zu prüfen, inwieweit diese Datenquellen ergänzend zur amtlichen Statistik herangezogen werden können.

Die Delegationen wurden über den Stand der Arbeiten am „OECD Survey of Adult Skills“, einer Stichprobenerhebung zur Feststellung der Schlüsselkompetenzen von Erwachsenen, unterrichtet. Die erste Erhebungsrunde wurde in 22 Mitgliedstaaten der OECD durchgeführt. In Deutschland konzipierte das Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) unter Einbindung weiterer Forschungseinrichtungen die Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Mit ersten Ergebnissen ist Ende 2012 zu rechnen. Die Mitglieder des OECD-Statistik-

ausschusses begrüßten die geleisteten Arbeiten. Die Erfahrungsberichte einzelner Mitgliedstaaten lassen aber erkennen, dass aufgrund der hohen Non-Response-Rate bei der Durchführung der Erhebung negative Auswirkungen auf die Qualität der Ergebnisse zu befürchten sind. Die Mitglieder des OECD-Statistikausschusses halten daher eine eingehende Prüfung dieser Probleme vor der Veröffentlichung von Ergebnissen für unbedingt erforderlich. Die OECD-Statistikabteilung teilte mit, dass die OECD keine Ergebnisse veröffentlichen werde, die den OECD-Qualitätsstandards nicht entsprechen.

Die Mitglieder des CStat nahmen den Fortschrittsbericht „Entwicklung eines Konzepts zur Messung der Entwicklung der Lebensbedingungen in Metropolen“ zustimmend zur Kenntnis. Ziel ist es, ein Set von vergleichbaren Indikatoren für Metropolen zu entwickeln, bei denen sich die Gebietsabgrenzung nicht mehr ausschließlich an administrativen Einheiten ausrichtet. Dazu ist ein Konzept erforderlich, wie diverse sozioökonomische Daten auf die neu definierten Regionen zu beziehen sind. Die Mitglieder des OECD-Statistikausschusses forderten die zuständige OECD-Arbeitsgruppe auf, die bereits bestehende Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) auf diesem Arbeitsgebiet zu intensivieren.

Der gemeinsame Fortschrittsbericht der OECD-Arbeitsgruppen „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ und „Finanzstatistiken“ fokussierte sich auf folgende Bereiche:

- G-20-Initiative zur Beseitigung von Datenlücken in der Statistik
- Implementierung des System of National Accounts (SNA 2008)
- Measuring well-being (Wohlstandsmessung)
- bessere Koordinierung der Zusammenarbeit internationaler Organisationen

Die Mitglieder des OECD-Statistikausschusses begrüßten die geleisteten Arbeiten der beiden Arbeitsgruppen. Die Mitgliedstaaten wurden insbesondere aufgefordert, die unter der Federführung des Internationalen Währungsfonds und des Financial Stability Boards (FSB) stehende G-20-Data-Gap-Initiative zu unterstützen. Aus politischen Gründen sei es von besonderer Bedeutung, verbesserte Daten aus Berechnungen vierteljährlicher Sektorkonten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, zu den Immobilienpreisen, Haushaltsdisparitäten sowie zur Schul-

denstatistik der öffentlichen Hand (Public Sector Debt) bereitzustellen.

Das Statistische Bundesamt erklärte seine Bereitschaft, an einem Pilotprojekt zum Test künftiger Datenübermittlungen über SDMX im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mitzuwirken. Voraussetzung ist allerdings, dass sich diese Mitwirkung im Wesentlichen auf die bereits bestehende Zusammenarbeit in dieser Frage mit Eurostat im Zusammenhang mit dem Europäischen Statistischen System (ESS) beschränkt.

Die Mitglieder des OECD-Statistikausschusses nahmen den Bericht des OECD-Ministerrats zur generellen politischen Ausrichtung der OECD und zu den Rahmenvorgaben für die Erarbeitung und Implementierung der künftigen OECD-Entwicklungsstrategie zur Kenntnis. Die Strategie soll in zwei Phasen implementiert werden. In einer ersten Phase (Mitte 2012 bis 2013) sollen die bisherigen Arbeitsschwerpunkte überprüft und eventuell angepasst werden. Danach sollen diese Ergebnisse in die Programmplanung 2013/2014 und darüber hinaus integriert werden.

Der OECD-Statistikausschuss verabschiedete das vorgesehene Konzept der Ausgabe 2013 der Veröffentlichung „How's Life“. Das Konzept sieht vor, die schon in der ersten Ausgabe enthaltenen Ländervergleiche zur Wohlfahrtsmessung zu aktualisieren sowie drei neue Kapitel aufzunehmen. Die neuen Kapitel sollen sich mit folgenden Themen befassen:

- Quality of employment (Qualität der Arbeit)
- Gender issues of well-being (Geschlechtsspezifische Aspekte des Wohlbefindens)
- Sustainability (Nachhaltigkeit)

Das Programm „indicators for entrepreneurship“ schließt mit der Gewinnung von Daten zur Unternehmensdemografie (unter anderem zum Gründungsdatum des Unternehmens, zu Insolvenzen und zu den Eigentumsverhältnissen) eine Informationslücke über die Struktur von Unternehmen. Hierzu werden Daten aus verschiedenen amtlichen Statistiken genutzt und seit 2011 jährlich in der Publikation „Entrepreneurship at a Glance“ veröffentlicht. Spezielles Augenmerk soll hier in Zukunft auf Fragen zu Frauen mit Führungs- und Eigentumsverantwortung in Unternehmen, zu einem „grünen“ Unternehmertum und zum Wachstum innovativer Unternehmen gerichtet werden. Für die Mitgliedstaaten, auch für Deutschland, ist es von Bedeutung, dass die relevanten Indikatoren weiterhin aus bestehenden Statistiken generiert werden. Es wurde

darüber hinaus angeregt, den Schwerpunkt künftiger Arbeiten nicht auf eine Erweiterung des Indikatorenkatalogs, sondern auf die Verbesserung der Vergleichbarkeit der veröffentlichten Statistiken und Indikatoren zu legen.

Bei der Aufnahme Israels und Chiles als OECD-Mitgliedsländer im Jahr 2011 wurden beide Länder aufgefordert, nochmals über die Fortschritte zu berichten, die bei der Anpassung einzelner Statistikbereiche an die OECD-Statistikstandards erzielt wurden. Der OECD-Statistikausschuss nahm beide Länderberichte mit großer Zustimmung zur Kenntnis. Es wurde beschlossen, beide Länder in Zukunft in den normalen Arbeitsprozess zwischen der OECD und den Mitgliedstaaten bezüglich erforderlicher Anpassungen an die Standards zu integrieren.

Die Mitglieder des OECD-Statistikausschusses nahmen den Bericht der russischen Delegation über den Fortgang der Anpassung des russischen Statistiksystems an die Statistikstandards der OECD zur Kenntnis. Fortschritte wurden insbesondere bei der Anpassung in einzelnen Fachstatistikbereichen erzielt; Verbesserungsbedarf besteht aber weiterhin.

Konferenz Europäischer Statistiker (CES)

Vom 6. bis 8. Juni 2012 fand unter dem Vorsitz von Enrico Giovannini, Generaldirektor des italienischen Statistikamts, die 60. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Paris statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der UN für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Anhand zweier Seminare beschäftigt sich die CES traditionell während ihrer Sitzung eingehend mit zwei aktuellen Themen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten gewählt werden.

Dieses Jahr standen die Seminarthemen „Zensusrunde 2010 – Innovationen und Erfahrungen“ sowie „Umsetzung der UN Fundamental Principles der amtlichen Statistik“ in Verbindung mit dem Thema „Koordinierung der nationalen statistischen Systeme“ im Mittelpunkt der Sitzung.

Das Seminar über die Zensusrunde 2010 konzentrierte sich auf die Innovationen und Herausforderungen, denen sich die Mitgliedstaaten in der Zensusrunde 2010/2011 stellen mussten. Nach einer Übersicht über die Durchführung der derzeitigen Zensusrunde, ergab die Diskussion

eine deutliche Tendenz zum Mixed-Mode-Verfahren für die nächste Zensusrunde 2020/21. Ausschlaggebend sind hierfür insbesondere Kostengründe. Hervorgehoben wurde in der Sitzung die Bedeutung der Zensusrunden nicht nur als generelle Bestandsaufnahme der Bevölkerungsstruktur und Wohnverhältnisse, sondern auch zur Verankerung der Bedeutung der amtlichen Statistik im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein.

Im zweiten Seminar wurden die UN Fundamental Principles der amtlichen Statistik in Verbindung mit der Koordinierung der nationalen statistischen Systeme diskutiert. Die Umsetzung der UN Fundamental Principles wurde in Zusammenhang mit dem 2014 stattfindenden 20jährigen Jubiläum der internationalen Grundprinzipien behandelt. Die Teilnehmer der CES sprachen der auf der Sitzung der UNStatCom in 2011 eingesetzten Friends of the Chair Gruppe (FROCH-Group) ihre Unterstützung aus. Aufgabe der FROCH-Group, die von den Vereinigten Staaten geleitet wird und in der auch Destatis vertreten ist, ist die Revision der Präambel der „UN Fundamental Principles in Official Statistics“. Im Teilsminar über die Koordinierung der nationalen statistischen Systeme wurde intensiv die Frage diskutiert, inwieweit Statistikämter ihrer Koordinierungsfunktion innerhalb der nationalen Statistiksysteme nachkommen können. Das Meinungsspektrum umfasste die Forderung einer zentralen Koordinierungsfunktion mit Weisungsbefugnissen gegenüber anderen Datenproduzenten bis zu einer sog. „Soft Coordination Strategy“, die lediglich eine Koordinierung im Sinne einer vom nationalen Statistikamt ausgehenden Steuerung durch eine verbesserte Kommunikation und Abstimmung einheitlicher Standards beinhaltet.

Von der CES wurden die weiteren Projektphasen und Meilensteine des Arbeits- und Zeitplanes für die High-level Group for Strategic Developments in Business Architecture in Statistics (HLG-BAS) angenommen. Die HLG-BAS wurde 2010 durch das CES Büro in 2010 initiiert und dient als Koordinierungsstelle der internationalen Arbeiten zur Entwicklung von „Enterprise“-Architekturen innerhalb statistischer Organisationen. Mit diesem Thema beschäftigt sich im europäischen Kontext die Sponsorship Group „Standardisierung“, in der das Statistische Bundesamt durch seinen Vizepräsidenten vertreten ist.

Die nächste Sitzung der CES findet vom 10. bis 14. Juni 2013 traditionell zusammen mit der Jahrestagung des OECD Statistikkomitees (CStat) in Genf statt. Als Seminarthemen wurden „Challenges in providing access to micro-

data for research purposes” und „Challenges in implementing the System of Environmental-Economic Accounting (SEEA) and measuring sustainable development in follow-up to Rio+20” vereinbart.

Informationen zum Zensus 2011



Informationen zum Zensus 2011 erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2011 oder unser www.zensus2011.de/kontakt.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Aktuelles aus dem STATmagazin



[Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung](#)



Im Jahr 2011 gab der deutsche Durchschnittshaushalt 14,2 % seiner Gesamtausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus.

Im Vergleich zu Entwicklungsländern ist das zwar ein geringer Anteil, aber auch in Deutschland gilt: Je geringer das Einkommen eines Haushaltes ist, desto größer ist in der Regel der Anteil, der für Grundbedürfnisse wie die Ernährung aufgewendet werden muss. Die Verbraucher reagieren daher auch hier empfindlich auf Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln.

Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel sind in Deutschland seit 2005 wesentlich stärker angestiegen als die Verbraucherpreise insgesamt. Vor allem bei Speisefetten und -ölen, und hier ganz besonders bei Butter und Margarine, lagen die Preise im Jahresdurchschnitt 2011 deutlich höher als 2005. Speisefette und -öle haben zwar nur einen sehr geringen Anteil an den gesamten Ausgaben deutscher Haushalte, jedoch verteuerten sich auch fast alle anderen Nahrungsmittel seit 2005 überdurchschnittlich. Bei Brot und Getreideerzeugnissen gab es in den Jahren 2007/2008 und seit Ende 2010 sogar regelrechte Preissprünge. Im aktuellen STATmagazin können Sie lesen, wie die Preise, die wir für Nahrungsmittel zahlen

müssen, zustande kommen und welchen Einfluss dabei internationale Entwicklungen haben.



[Mit Augenmaß durch die Krise: Produktivität und Lohnkosten im Blick](#)

Gesamtwirtschaftlich wurde für Deutschland im Zeitraum 1991 bis 2011 eine Steigerung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen um insgesamt 22,7 % und je Erwerbstätigenstunde um 34,8 % verzeichnet. Die Produktivität je Erwerbstätigenstunde hat sich deutlich günstiger entwickelt, weil sich in diesem Zeitraum die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen (Selbstständige und Arbeitnehmer) – auch aufgrund des Anstiegs der Teilzeitbeschäftigung – verringert haben (-9 %).

Die Lohnkosten, also das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, stiegen zwischen 1991 und 2011 mit 47,5 % mehr als doppelt so stark an wie die Erwerbstätigenproduktivität. Je Arbeitnehmerstunde nahmen die Lohnkosten sogar deutlich stärker um 63,4 % zu, was darauf zurückzuführen ist, dass im Durchschnitt von jedem Arbeitnehmer im Jahr 2011 im Vergleich zum Jahr 1991 gut 9,7 % weniger an Arbeitsstunden geleistet werden.

Die Größe, die beide Komponenten im Blick hat, heißt „Lohnstückkosten“. Es handelt sich um die Relation von Lohnkosten und Produktivität, entweder je Arbeitnehmer (Personenkonzept) oder je Arbeitnehmerstunde (Stundenkonzept). Die Lohnstückkosten stiegen in Deutschland von 1991 bis 2011 nach dem Personenkonzept um 20,2 % und nach dem Stundenkonzept um 21,2 % an. Die jährlichen Veränderungsraten der Lohnstückkosten lagen von 1996 bis 2007 stets unter 1 %.

EU-Vergleich der Arbeitskosten und der Lohnnebenkosten für das Jahr 2011

Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft bezahlten im Jahr 2011 durchschnittlich 30,10 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde. Beim Arbeitskostenniveau lag Deutschland damit innerhalb der Europäischen Union (EU) auf Rang sieben. Belgien hatte mit 39,30 Euro die höchsten, Bulgarien mit 3,50 Euro die niedrigsten Arbeitskosten je geleistete Stunde.

Im Verarbeitenden Gewerbe, das besonders im internationalen Wettbewerb steht, kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland 2011 durchschnittlich 34,30 Euro. Hier lag Deutschland im EU-weiten Vergleich auf Rang fünf.

Die Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. Betrachtet man das Verhältnis der Lohnnebenkosten zu den Bruttoverdiensten, so ist es möglich, die Lohnnebenkosten unabhängig vom Verdienstniveau der einzelnen Mitgliedstaaten zu vergleichen. Im Jahr 2011 zahlten die Arbeitgeber in Deutschland in der Privatwirtschaft auf 100 Euro Bruttoverdienst zusätzlich 28 Euro Lohnnebenkosten. Damit lag Deutschland unter dem EU-Durchschnitt von 32 Euro und nahm mit Rang 16 einen Mittelplatz innerhalb der Europäischen Union ein. Hauptbestandteil der Lohnnebenkosten sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall.

Für alle Wirtschaftsabschnitte des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs stehen Zeitreihen für das deutsche Arbeitskostenniveau ab dem Jahr 1996 unter dem Suchbegriff „Jahresschätzung Arbeitskosten“ in der Datenbank GENESIS-Online zur Verfügung.

Weitere amtliche EU-Statistiken können beim EDS „Europäischer Datenservice“ unter www.eds-destatis.de abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4236 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Elterngeld: Erwerbstätigkeit von Frauen führt zu höherer Väterbeteiligung

Für mehr als jedes vierte Kind (25,3 %) der insgesamt 678 000 im Jahr 2010 geborenen Kinder hat der Vater Elterngeld in Anspruch genommen. Damit hat die Väterbeteiligung einen neuen Höchststand erreicht. Entscheidenden Einfluss auf die Frage, ob Mutter und Vater Elterngeld in Anspruch nehmen oder ob nur die Mutter die Leistung bezieht, hat die Erwerbstätigkeit von Frauen in den zwölf Monaten vor der Geburt ihres Kindes. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse der Statistik zum Elterngeld, die Präsident Roderich Egeler am 27. Juni 2012 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt hat.

So wurden bei den 392 000 vor der Geburt des Kindes erwerbstätigen Müttern mehr als 125 000 Partneranträge gestellt. Das entspricht einem Anteil von 32 %. Bei den zuvor nicht erwerbstätigen Müttern lag der Anteil der Partneranträge lediglich bei 12 %.

Ein Elternteil kann Elterngeld für mindestens zwei und maximal zwölf Monate beziehen. Hinzu kommen zwei weitere Monate (Partnermonate), wenn Paare sich die Elternzeit teilen. Väter nehmen nach wie vor großteils nur die sogenannten Partnermonate in Anspruch. So bezogen mehr als drei von vier Vätern (76 %) die Leistung für maximal zwei Monate. Nur knapp jeder fünfzehnte Vater (6 %) nahm die Leistung für ein Jahr in Anspruch.

Ausführliche Ergebnisse enthält die Publikation „Elterngeld für Geburten“. Sie steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung. Sie gibt einen Überblick darüber, wie viele Mütter und Väter für ihr im Jahr 2010 geborenes Kind Elterngeld in Anspruch genommen haben und für welchen Zeitraum das Elterngeld bewilligt wurde. Zudem werden die Erwerbsbeteiligung der Eltern vor der Geburt des Kindes, die Berechnungsgrundlage des Elterngeldes sowie die Anspruchshöhe bis auf Kreisebene dargestellt.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8137 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Wahlen

Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag

Das Bundesgebiet ist derzeit in 299 Wahlkreise eingeteilt. Die Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag ist in der Anlage zu Artikel 1 des Zwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 12. April 2012 (BGBl. I Seite 518) beschrieben.

Die Notwendigkeit der Umverteilung von Wahlkreisen zwischen den Ländern sowie der Neuabgrenzung einzelner Wahlkreise resultiert unter anderem aus der gesetzlichen Regelung des § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2, 3 und 5 Bundeswahlgesetz. Danach muss die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll um nicht mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Maßgeblich hierfür ist nach den derzeit geltenden rechtlichen Bestimmungen die Zahl der deutschen

Bevölkerung. Für die Einteilung sollen die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte nach Möglichkeit eingehalten werden.

Für die Bundestagswahl 2013 hat der Gesetzgeber gegenüber der bisherigen Wahlkreiseinteilung insgesamt 32 Wahlkreise neu abgegrenzt. Folgende Änderungen haben sich dabei ergeben:

21 Wahlkreise wurden aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern beziehungsweise in den Wahlkreisen angepasst. Dabei hat Mecklenburg-Vorpommern einen von sieben Wahlkreisen verloren. Hessen hat zu den bisherigen 21 Wahlkreisen einen weiteren Wahlkreis erhalten. In Hamburg wurden die Wahlkreise Hamburg-Mitte, Hamburg-Altona und Hamburg-Eimsbüttel angepasst. In Nordrhein-Westfalen wurden die Wahlkreise Duisburg I und Duisburg II neu abgegrenzt. In Bayern wurden die Grenzen folgender Wahlkreise geändert: Freising, Fürstenfeldbruck, Ingolstadt, München-Land und Starnberg. Bei insgesamt elf Wahlkreisen (drei in Sachsen-Anhalt, jeweils zwei in Brandenburg, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg) wurden geringfügige Anpassungen der Wahlkreisgrenzen infolge vorausgegangener kommunaler Gebietsänderungen (siehe § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Bundeswahlgesetz) vorgenommen. Elf Wahlkreise wurden ohne Änderung ihrer Abgrenzungen umbenannt.

Die Umverteilung von Wahlkreisen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Hessen führt auch zu einer Änderung der fortlaufenden Nummerierung der Bundestagswahlkreise und somit bei vielen Wahlkreisen zu einer Änderung der Wahlkreisnummer.

Die kartographische Darstellung der Wahlkreiseinteilung steht im Internetangebot des Bundeswahlleiters (www.bundeswahlleiter.de) zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2573 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation

Auf ein Wort: Leiterin der Abteilung B – Sibylle von Oppeln-Bronikowski



Seit 2008 leitet Diplom-Volkswirtin Sibylle von Oppeln-Bronikowski die Abteilung B „Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“ und sitzt damit an einer der zentralen Schaltstellen des Statistischen Bundesamtes.

Im folgenden Interview können Sie lesen, wie es dazu kam und welche Themen ihr heute wichtig sind.

Frau von Oppeln-Bronikowski – was hat Sie in die amtliche Statistik verschlagen?

Während meines Studiums in Heidelberg von 1974 bis '78 hat es mein damaliger Statistikprofessor gleich im ersten Semester geschafft, mich für die Statistik zu begeistern. Prof. Dr. Wagenführ¹, eine wahre Kapazität auf dem Gebiet, hat die erste Vorlesung damals mit der Vorstellung eines Buches begonnen, „How to lie with statistics“ (Darrel Huff), das auch heute noch in meinem Büro im Schrank steht. Es hat mich beeindruckt, dass Prof. Wagenführ, diese erfahrene und etablierte Koryphäe, direkt auch die kritische Seite seines Faches anspricht. Alle später erschienenen Bücher zu diesem Thema sind im Prinzip nur Variationen dieses ersten Standardwerkes von 1954. Vor kurzem hatte ich die Gelegenheit, an einer größeren Diskussionsrunde im Rundfunk teilzunehmen mit dem Titel: „Zahlenakrobatik – wie wir uns von Statistiken täuschen lassen“². Mit dabei war u. a. Prof. Bosbach, der das Buch „Lügen mit Zahlen“ geschrieben hat. Man kann sagen, dass die gesellschaftliche Bedeutung der Statistik für mich eine Grundfrage in meinem Beruf geworden ist. Die Bindung an die Statistik rührt aber auch ein wenig daher, dass ich während des Studiums Tutorin für Statistik bei Prof. Wagenführ wurde und mich dementsprechend intensiv mit der Materie auseinandergesetzt habe.

.... und wie sind Sie dort gelandet, wo Sie heute sind?

Bei meinem Examen 1978 war meine Tochter bereits geboren. Deshalb habe ich nicht direkt eine Arbeitsstelle angenommen, sondern zuerst ein wenig von zuhause aus für ein Wirtschaftsforschungsinstitut Tabellen ausgewertet. Im Statistischen Bundesamt bin ich 1980 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin, später Hilfsreferentin, im Bereich Bildungsstatistik eingestiegen. Dort habe ich das Glück gehabt, dass ich von der Pike auf Statistik machen konnte: Die Hochschulstatistik wurde gerade reformiert und alle Prozessschritte, vom Erhebungsprogramm über die Plausibilisierung bis zur Tabellenspezifikation, konnten noch gestaltet werden. Nach dreieinhalb Jahren habe ich die Fachstatistik verlassen und wurde Referatsleiterin in der damaligen Abteilung I (heute Abteilung B). Dort war ich für STATIS-BUND zuständig, die gemeinsame Datenbank für Datenreihen des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank. Damals stand diese Datenbank noch ganz am Anfang und erste Nutzerkontakte prägten meinen Arbeitsalltag. 1990 habe ich die Leitung der Bibliothek übernommen, gerade als das Statistikamt der DDR mit turnhallengroßen Archivbeständen und einer umfangreichen Bibliothek integriert wurde. Anschließend wurde mir die Zuständigkeit für die Gruppe IC „Veröffentlichungen“ (heute B3) übertragen. Zu der Zeit kam das Internet als neues Verbreitungsmedium auf und wir mussten in nur vier Monaten einen Internetauftritt zaubern. Zum Glück hatte ich ein sehr starkes Team für diese Mammutaufgabe und gemeinsam haben wir es auch geschafft. Später dann, 2004, ging ich zurück in die Fachstatistik, als mir die Leitung der Abteilung V „Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste“ übertragen wurde. Die Gruppen der damals größten Abteilung wurden bei der Reorganisation im Jahr 2010 neu zugeordnet, ich hatte aber bereits 2008 den Wechsel zurück zum Querschnitt vollzogen und die Leitung der heutigen Abteilung B übernommen.

¹ Prof. Dr. Rolf Wagenführ ist der Autor von „Statistik leicht gemacht“, einem vielbeachteten Einführungswerk in die deskriptive Statistik, und war später Leiter der europäischen Statistikbehörde, Eurostat.

² Siehe gesonderter Artikel auf S. 23 in diesem Heft

„Kommunikation, Koordination, Kooperation“ ... wird diese Beschreibung Ihrer Abteilung gerecht?

Meines Erachtens ist das ein Teil davon, aber es reicht nicht aus. Das Spannende an der Abteilung ist eigentlich, dass sie zwei Ebenen hat: Das eine ist die ganz nah an die Amtsleitung gebundene strategische Ebene und das andere ist eine ganz praktische Ebene. D. h., die Abteilung lebt nicht von Ideen allein. Wir müssen den Gesamtblick haben und unterstützen die Amtsleitung bei der Entwicklung und Umsetzung von strategischen Zielen. Wir haben aber auch ganz konkrete Dinge zu tun: Wir bereiten Sitzungen vor, schreiben Reden oder Sprechzettel für die Amtsleitung. Wir sind zudem Servicestelle für das ganze Haus. Unser Leistungsspektrum reicht von der Entwicklung von Erhebungsunterlagen bis hin zu den Veröffentlichungen, denen wir die letzte Fassung geben, bevor sie an die Nutzer gehen.

Es läuft also eine Vielzahl von Dingen nebeneinander. Das ist so als ob viele Pferde nebeneinander in verschiedenen Schrittararten laufen, nicht nur Galopp, sondern von Schritt bis Galopp. Und die muss man alle ein bisschen steuern. Da kommt es sehr darauf an, dass wir auch untereinander gut miteinander zusammenarbeiten und dass es dabei nicht irgendwelche Ausreißer gibt, die die anderen hinter sich lassen. Das ist die Besonderheit dieser Abteilung.

Inwiefern unterscheidet sich das Management einer Strategieabteilung dann von dem einer Fachabteilung?

Ergänzend zu dem, was ich eben gesagt habe, ist unsere Abteilung eine Querschnittsabteilung, die auf alle anderen Abteilungen wirkt, mit allen anderen Abteilungen korrespondieren muss. Das ist natürlich bei einer Fachabteilung nicht so extrem der Fall. Da gibt es zwar auch Ansatzpunkte oder Schnittstellen zu anderen, sicherlich. Aber bei der Abteilung B, bei einer Strategieabteilung, ist es natürlich so, dass die Kommunikation mit allen ein wesentlicher Teil unsere Aufgaben ausmacht. Das ist, glaube ich, der Hauptunterschied. Dass man auch immer alle ‚Mitspieler‘ einbeziehen muss. Es ist der größte Fehler, wenn man die anderen nicht einbindet und losmarschiert, das fällt einem hinterher garantiert wieder auf die Füße.

Ihre Abteilung ist 2012 um zwei Themenbereiche erweitert worden – „Statistikrecht“ und „Weiterentwicklung der Haushaltsstatistiken“. Wie kam es dazu?

Die beiden Aufgaben sind völlig unterschiedlicher Natur, das ist klar. Die eine Aufgabe „Weiterentwicklung der Haushaltsstatistiken“ ist ein Anliegen, das sehr viele Abteilungen des Hauses bewegt hat – uns inbegriffen. Wir haben gesehen, welche Entwicklungen in Europa laufen und dass es für die deutsche Statistik wichtig ist, zu stärkerer Kohärenz zu kommen. Das kommt schon allein vom Qualitätsgedanken unserer Abteilung, weil wir die Qualitätsarbeit ja auch bei uns verankert haben. Wir haben gesehen, dass die vielen Haushaltsstatistiken untereinander stärker abgestimmt werden müssen. Dann ging es darum: gibt es eine Abteilung, bei der das Projekt angesiedelt werden sollte? Die Amtsleitung hat sich daraufhin entschieden, da es wirklich über mehrere Abteilungen hinweg geht – nämlich die Abteilungen D, F, und H – und dann aber noch andere Abteilungen einbezogen werden müssen – zumindest A und C –, dass es am sinnvollsten ist, einer Querschnittsabteilung die Leitung zu übertragen. Da wir die Gruppe B2 haben, die sich ja schon mit Forschung und Entwicklung beschäftigt, lag es dann doch nahe, es bei uns anzusiedeln. Wir sind auch sehr dankbar, dass wir Herrn Riede für die Projektleitung gewinnen konnten. Mit den ersten Ergebnissen zeichnet sich schon ab, dass das Projekt sehr gut aufgestellt ist, auch von den Projektmitarbeitern im ganzen Haus. Alleine könnte die Abteilung B das nicht schultern, diese ganze Arbeit. Es ist ganz klar, dass der Erfolg nur auf dieser abteilungsübergreifenden Projektarbeit sowie der engen Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der Statistischen Landesämter ruht.

Der zweite Bereich kam ja dann etwas später: B1-Recht. Die Aufgabe „Statistikrecht“ war schon einmal bei unserer Abteilung. Insofern kann man immer darüber streiten: Fasst man Aufgaben so zusammen, dass man sagt, zusammengehörige Aufgaben sollen auch zusammen sein oder geht es eher um die Ressourcen, die zusammen sein sollen. Mit anderen Worten: möchte man Kompetenzzentren bilden oder unterschiedlichen Sachverstand zu einzelnen Themen bündeln? – Auf jeden Fall war es wichtig, dass bei allen rechtlichen Fragen die Rechtsgruppe auch richtig eingebunden und beteiligt wird, bzw. dass sie die Federführung hat und auch die Ansprechstelle für draußen, beispielsweise für das Bundesministerium des Innern, ist. Das ist besser gegeben, wenn sie näher an der Koordinierungsgruppe B1 dran ist. Und es wird ja zunehmend so, dass auch viele rechtliche Fragen, gerade aus dem europäischen Bereich, bei uns bewegt werden. Dann wäre es nachteilig, wenn es in zwei verschiedenen Abteilungen auseinanderlaufen würde. Deshalb hat man das so zusammengefasst. Das war der Grund. Und ich bin jetzt sehr froh, dass wir das so installieren konnten und die Zusammenarbeit läuft auch schon ziemlich gut. Wir merken schon, wie nützlich diese Überlegung war.

Ende Mai waren Sie in Athen auf der Q-Konferenz für Qualität in der amtlichen Statistik (Q2012), wo ein sehr breit gefächertes Themenspektrum behandelt wurde: Alles rund um das Thema Qualität. Was waren die herausragenden Entwicklungen, die dort präsentiert wurden?

Aus meiner Sicht gab es Themen, die eigentlich alle Prozessstufen in der Statistik ansprechen. Besonders interessant fand ich die Innovationen bei der Erhebung, die heute stark webbasiert sind. Es gab Fragen zu den statistischen Quellen: Wie kann ich aus Verwaltungsdaten schöpfen, aber eben auch aus Daten, die zum Beispiel im ganzen Internetverkehr entstehen? Massendaten – wie können die verarbeitet werden? Wie können Daten einbezogen werden, Scannerdaten beispielsweise für die Preisstatistik, um mal ein ganz konkretes Beispiel zu sagen. Diese ganzen eingescannten Preise, können die nicht genutzt werden, um die Preisstatistik aufzubereiten, anstatt Behebungsmethoden, wie wir das heute machen? Das war zum Beispiel ein Thema. Das führt dann sehr schnell zu Überlegungen, die von Eurostat kommen, in Richtung „Experimentelle Statistik“. Damit sind Statistiken gemeint, die nicht die strengen Vorgaben des Verhaltenskodex für europäische Statistiken erfüllen. Also im Augenblick sind wir in einer Umbruchphase, das spürte man ganz gut auf der Qualitätskonferenz, im Hinblick auf innovative Erhebungsmethoden und Nutzung verschiedenster Quellen, Mixed-Mode-Modelle und so weiter.

Das war der eine Trend. Der andere Trend war, stärker zu einer Standardisierung der Prozesse, der IT, bei der Aufbereitung der Statistik zu gehen und dadurch eine stärkere Qualität in diese Prozesse hineinzubringen. Eine neue, wie man so schön sagt, „Business-Architecture“ stand da im Vordergrund bei der Gestaltung der Prozesse.

Ja und letztendlich die Trends hin zu Well-Being und wie wir mit neuen Themen, innovativen Themen, umgehen können. Wie in der gleichen Art und Weise die Qualität auch bei solchen Themen abgearbeitet werden kann. Das war dort die Frage.

In den vergangenen Wochen haben wir in der Umfrage zur Partnerzufriedenheit die Mitglieder des Statistischen Beirats um eine Bewertung unserer Zusammenarbeit gebeten. Wie beurteilen Sie das Verhältnis zum Statistischen Beirat?

Also ich habe den Eindruck, dass die Rolle des Beirats sich etwas gewandelt hat, dass die Mitglieder aktiver geworden sind. Ich habe die Beiratstagungen früher als relativ passive Veranstaltungen erlebt, ein bisschen mühsam für alle Beteiligten. Eigentlich wurden nur unsere Berichte angehört und dann ein oder zwei Fragen dazu gestellt. Ich habe nun den Eindruck, dass viele Beiratsmitglieder wirklich etwas bewegen wollen. Sie wollen die Aufgaben gut wahrnehmen. Das hat man schon gemerkt bei dem Eckpunktepapier, das der Beirat zu Beginn der Legislaturperiode aufgestellt hat. Es war keine Vereinigungsmenge von allen Wünschen, sondern ein strategisches Papier. Und daraus entwickelte sich dann auch eine Beirats-Arbeitsgruppe zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik und auch des Bundesstatistikgesetzes. In weniger als einem Jahr wurden in drei Unterarbeitsgruppen 15 Fachkonzepte mit etwa 40 Empfehlungen entwickelt. Da hat man schon gesehen, dass die Beiratsmitglieder eine sehr aktive Rolle einnehmen. Und das ist auch für beide Seiten befriedigender. Ich hoffe nur, dass die Erwartungen der Nutzer, die sich für die Modernisierung der Bundesstatistik engagiert einsetzen, nicht enttäuscht werden.

Es sind aber nicht nur die Mitglieder des Statistischen Beirats, die aktiver mitgestalten, auch wir haben Ideen, die wir in den Beirat und seine Gremien einbringen. Die Sitzungen sind dadurch auch interessanter, wenn sich Fachausschüsse des Beirats zu wissenschaftlichen Fachtagungen erweitern. Wenn wir unsere Nutzer und Partner zu Dialogveranstaltungen einladen, wie jetzt unlängst zum Thema „Arbeitsmarkt“. Entscheidend ist wie wir unsere Nutzer einbeziehen und dadurch von ihnen lernen können. Diese Erfahrung wird, da bin ich ganz sicher, auch positiv in den Beirat zurück wirken. Da kann ich nur ermutigen, dass wir auch weiterhin solche Veranstaltungen machen.

Auf was waren Sie in der ersten Jahreshälfte aus „Arbeitssicht“ besonders stolz?

Gab es in der ersten Jahreshälfte bereits Arbeitsergebnisse, die Sie mit besonderer Genugtuung erfüllen?

Der Relaunch unseres Internetauftritts und dass die Migration des Government-Site-Builders (GSB) so gut geklappt hat. Es war sehr schwierig und wenn etwas schwierig ist, dann freut es einen besonders, wenn das gelungen ist. Und es ist sehr gut aufgenommen worden. Es ist ja oft so, wenn man Umstellungen macht, dass man dann sehr viele Klagen am Anfang hat. Und das ist hier völlig ausgeblieben. Es war letztendlich unglaublich, wie gut und reibungslos der technische Umstieg geklappt hat und der neue Internetauftritt aufgenommen wurde. Besonders stolz bin ich deshalb darauf, weil dieses Team da unglaublich Ehrgeiz und Herzblut reingelegt und auch am Wochenende gearbeitet hat. Es war faszinierend, welcher Teamspirit da war, um dieses Projekt zeitgerecht hinzubekommen und – durch die hervorragende Unterstützung in den Fachgruppen – auch mit der nötigen Qualität. Das war die schönste Erfahrung im ersten Halbjahr.

Welche Ziele verfolgt Ihre Abteilung 2012/2013? Um welche Themen sollte es aus Ihrer Sicht idealerweise gehen?

Ich habe es schon angesprochen: Die Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken, das ist ein ganz wichtiges Thema. Dann wollen wir die Fortentwicklung der amtlichen Statistik soweit vorantreiben, dass es wirklich zu einer BStatG-Novellierung kommt. Neue Aufgaben kommen dadurch, dass unser Präsident jetzt in der Partnerschaftsgruppe des Ausschusses für das Europäische Statistische System ist. Wir wollen ihn bei dieser Aufgabe optimal unterstützen, damit wir in Europa bei allen wichtigen Themen unsere Interessen frühzeitig einbringen können. Ebenfalls auf Leitungsebene und zwar mit den Statistischen Landesämtern unterstützen wir die gemeinsame Planung der Schwerpunktthemen für die nächsten Jahre. Wichtig ist für uns auch, dass wir das Weltbank-Projekt mit Kasachstan gewonnen haben. Das muss jetzt mit Leben gefüllt und durchgeplant werden. Im Herbst freue ich mich auf das neue Statistische Jahrbuch. Dabei wurden alle Prozesse neu gestaltet und auch das Äußere wird zeitgemäß gestaltet sein. Ich hoffe, dass dieser Relaunch vom Jahrbuch genauso gut aufgenommen wird, wie wir das beim Internet-Relaunch erlebt haben. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass das so sein wird. Überhaupt bin ich sehr zuversichtlich, dass unsere Vorhaben mit der Kreativität und dem Können unserer Kolleginnen und Kollegen erfolgreich umgesetzt werden.

Bei jedem Projekt geht es aber auch darum, dass wir die Ressourcen so zusammenhalten, dass wir diese Aufgaben auch erledigen können. Dass wir die vielen guten Leute, gerade auch die jungen Leute, dass wir diese für die Aufgaben adäquat einsetzen können und auch hier im Haus weiter fördern können. Dass wir sie nicht verlieren, das ist mir ein großes Anliegen.

Noch eine letzte Frage: Welchen Themen widmen Sie sich nach Feierabend?

Ich freue mich über mein neugeborenes erstes Enkelkind und möchte so wenig wie möglich von seiner Entwicklung verpassen. Dann besuche ich häufig meine Mutter, die jetzt 90 geworden ist und in Freiburg lebt. Seit 15 Jahren betreibe ich mit anderen Menschen außerdem den ‚Polnischen Kultursalon‘, eine kleine Galerie in Wiesbaden, die mich mit ganz anderen Berufen zusammenbringt als mit Statistikerinnen und Statistikern. Auch mal schön.

Herzlichen Dank, Frau von Oppeln-Bronikowski, für das Interview und die Zeit, die Sie sich für uns genommen haben.

Urban Audit-Sitzung

Die Generaldirektion (GD) REGIO der Europäischen Kommission hat am 26. und 27. April 2012 in Brüssel die neuen Entwicklungen auf dem Gebiet der europäischen Regionalstatistik, besonders die europäische Datensammlung für europäische Großstädte, „Urban Audit 2012–2013“, vorgestellt. Dazu gehören vor allem methodische und inhaltliche Weiterentwicklungen. Zunächst wurde berichtet, dass die GD REGIO zusammen mit der OECD eine neue Klassifikation zur Bestimmung von verstäderten Regionen entwickelt hat (siehe dazu die Publikation der OECD: [Redefining „Urban“ – a new way to measure metropolitan areas, OECD 2012](#)). Diese Klassifikation gilt für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie die OECD-Mitgliedstaaten; einbezogen sind mehr als 1 000 städtische Zentren bzw. verstäderte Regionen mit mehr als 50 000 Einwohnern. Die Abgrenzung wurde vor allem vom Joint Research Centre der GD Forschung und Innovation vorgenommen und basiert im Wesentlichen auf der Bevölkerungsdichte für Rasterzellen mit einer Größe von 1 km mal 1 km.

Ziel dieser neuen Klassifikation ist es, für politische Zwecke – z. B. zur Abschätzung des Wachstums- und Beschäftigungspotenzials – OECD und europaweit eine möglichst vergleichbare Grundlage zu schaffen. Die neue Klassifikation wird erstmals für die aktuelle Urban Audit-Erhebung (mit 885 städtischen Zentren, davon 123 in Deutschland) angewandt. Urban Audit wird für Deutschland inhaltlich und organisatorisch vom Kommunalen Statistischen Informationssystem (KOSIS-Gemeinschaft) in enger Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt durchgeführt. Eurostat fordert aber auch für eine Reihe von bundesstatistischen Erhebungen wie z. B. die Arbeitskräftestichprobe, Erhebungen aus dem Bereich Tourismus und die IKT-Erhebungen – sofern möglich – eine derartige Zuordnung.

Wie von Seiten der GD REGIO berichtet wird, sollen für zukünftige kleinräumige Analysen noch weitere, derzeit noch nicht abschließend bestimmte, überwiegend funktionale Attribute hinzugezogen werden. Genannt wurden unter anderem die politische Funktion oder die Nähe zu anderen städtischen Zentren. Aber auch die Ausstattung mit bestimmten Einrichtungen wie Sportstadien, Hauptniederlassungen von Großunternehmen, Opernhäusern etc. kann von Bedeutung sein (z. B. für die Abgrenzung von sogenannten Metropolregionen).

Bezüglich der inhaltlichen Ausgestaltung von Urban Audit wird vor allem von Seiten Eurostats berichtet, dass

- das Merkmalsprogramm, das bisher mehr als 350 Variablen umfasste, reduziert worden sei,
- die Merkmale an die in der europäischen amtlichen Statistik vorhandenen Merkmale inhaltlich und terminologisch angepasst würden und
- verstärkt auf zentrale Datenbestände für die städtischen Zentren (z. B. bei amtlichen Wetterdiensten) zurückgegriffen werden solle.

Ein Handbuch mit Definitionen zu den Merkmalen sowie einer Beschreibung der Methodik zur Berechnung der gewünschten Merkmale solle den nationalen Urban Audit Koordinatoren in Kürze vorgelegt werden.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2082 oder unter www.destatis.de/kontakt.

OECD WPTI-Workshop „Measuring Well-being“

Die OECD hat auf ihrer 23. Sitzung der Working Party on Territorial Indicators (WPTI) am 11. Juni 2012 erstmals eingehend die Möglichkeiten zur Bestimmung von Well-being auch kleinräumig diskutiert.

Seit nahezu einer Dekade beschäftigt sich die OECD mit einer Initiative zur Messung des Fortschritts weltweit. Sie hat dazu bereits mehrere Weltforen veranstaltet (2004 in Palermo/Italien, 2007 in Istanbul/Türkei, 2009 in Busan/Korea) und die jeweils erzielten Fortschritte – organisatorische, technische sowie methodisch-inhaltliche – Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen, besonders der amtlichen Statistik, vorgestellt. Dazu gehört auch die Veröffentlichung „How’s life“ aus dem Jahr 2011 (siehe www.oecd.org), in der eine Analyse der Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten der OECD anhand von statistischen Indikatoren – überwiegend objektiven, aber auch subjektiven – vorgenommen wird.

Die Studie folgt im Wesentlichen den Empfehlungen des 2009 von der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission vorgelegten Berichtes „Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ (siehe auch www.stiglitz-sen-fitoussi.fr).

Entsprechend der auf dem Weltforum in Istanbul verabschiedeten Istanbul-Deklaration wird der Großteil der Indi-

katoren für die drei Dimensionen aus der amtlichen Statistik herangezogen:

- materielle Lebensbedingungen,
- Lebensqualität und
- Nachhaltigkeit.

Die OECD hat insgesamt 22 sogenannte Headline-Indikatoren für elf verschiedene Themenbereiche identifiziert. Die Analysen werden für die jeweiligen Mitgliedstaaten nur aggregiert vorgenommen, d. h. eine kleinräumige Betrachtung findet nicht statt. Da das Statistische Bundesamt an dem Projekt der OECD „Measuring Well-being“ als einer von drei Repräsentanten für Deutschland in der nationalen Koordinierungsgruppe mitwirkt, wurde von Seiten des Statistischen Bundesamtes auf der 22. Sitzung der Working Party on Territorial Indicators am 7. Dezember 2011 vorgeschlagen, eine kleinräumige Betrachtung vorzunehmen. Die OECD hat sich erstmals auf der aktuellen 23. Sitzung der WPTI damit beschäftigt und derartige Analysen auch in die Schwerpunkte ihres Arbeitsprogramms 2013–2014 aufgenommen.

Auf der 23. WPTI-Sitzung wurden verschiedene Ansätze von inter- und supranationalen Institutionen, öffentlichen nationalen Einrichtungen sowie privaten Instituten vorgestellt. Dazu gehören grundlegende Arbeiten wie die von der Europäischen Kommission und der OECD gemeinsam entwickelte Klassifikation zur Bestimmung von städtischen Zentren (siehe vorheriger Artikel „Urban Audit“). Aber auch verschiedene spezifische Ansätze zur Messung der Lebensqualität bzw. zur Ermittlung von Disparitäten wurden präsentiert und in einem breiten Teilnehmerkreis mit Vertretern aus verschiedensten öffentlichen Einrichtungen der OECD-Mitgliedstaaten diskutiert. Von Seiten des Statistischen Bundesamtes wurde eine erste Einschätzung zur bundesweiten Verfügbarkeit von kleinräumigen Indikatoren vor allem in Anlehnung an die o. g. 22 Headline-Indikatoren auf der Basis von statistischen Angaben für Kreise und – soweit möglich – auch Gemeinden für Deutschland vorgestellt. Es bestand Einigkeit bei den Sitzungsteilnehmern, dass die amtliche Statistik eine wichtige Quelle für „Measuring Well-being“ nicht nur aus globaler – d. h. gesamtwirtschaftlicher und -gesellschaftlicher – Sicht, sondern auch kleinräumig sein muss. So wurde festgestellt, dass zuverlässige, aktuelle und vergleichbare Aussagen über die Lebens- und Arbeitsbedin-

gungen auf regionaler Ebene für gegenwärtige und zukünftige Gesellschaften nur möglich sind auf der Basis von qualitativ hochwertigen und gut dokumentierten Informationen aus der amtlichen Statistik.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2082 oder unter www.destatis.de/kontakt.

6. INSPIRE-Konferenz



Die diesjährige, 6. INSPIRE-Konferenz fand vom 23. bis 27. Juni 2012 in Istanbul/Türkei statt und stand unter dem Motto „Sharing Environmental Information, sharing innovation“. Sie wurde von dem türkischen Ministerium für Umwelt und Stadtentwicklung und der Europäischen Kommission ausgerichtet (www.inspire.jrc.ec.europa.eu). Die rund 900 Teilnehmer aus EU- und Nicht-EU-Staaten sowie von europäischen und internationalen Institutionen informierten sich vor allem über den Stand der Arbeiten zum Aufbau einer Europäischen Geodateninfrastruktur für umweltpolitische Zwecke.

INSPIRE hat – wie verschiedene Beiträge auf der Konferenz zeigten – seit Verabschiedung der INSPIRE Richtlinie im Jahr 2007 (Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft) bereits eine breite Akzeptanz auf allen staatlichen Ebenen und für vielfältige Zwecke erreicht.

Auch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben sich nach dem Vorliegen der nationalen Gesetze intensiv und unter verschiedenen Gesichtspunkten wie Recht, Inhalte, Veröffentlichung und IT-Lösungen und seiner Bedeutung für die Bundesstatistik beschäftigt.

Schwerpunkte des umfangreichen und informativen Programms der 6. INSPIRE-Konferenz waren

- (1) der Stand der Arbeiten bei der Umsetzung von INSPIRE, besonders in fachlich-inhaltlicher, methodisch-technischer und organisatorischer Hinsicht
- (2) die Bedeutung von INSPIRE für andere inter- und supranationale sowie nationale Vorhaben in verschiedenen Politikbereichen wie z.B. Umweltschutz, Wirt-

schafts- oder Sozialpolitik. Besonders wurde die europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ genannt

- (3) die Bedeutung von INSPIRE für E-Government und Open Data.

Vertreter der Europäischen Kommission und aus den europäischen Mitgliedstaaten berichteten über den Stand der Arbeiten und über konkrete Anwendungsbeispiele bzw. Umsetzungsvorschläge bei der Implementierung von INSPIRE in fachlich-inhaltlicher und methodisch-technischer Hinsicht.

Das Statistische Bundesamt präsentierte die Ergebnisse zur möglichen Betroffenheit der amtlichen Statistik. Auf der Grundlage der Prüfarbeiten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder der von der Europäischen Kommission vorgelegten Datenspezifikationen im Rahmen des von Juni 2011 bis Oktober 2011 andauernden offenen Review-Prozesses wurden von den insgesamt 21 Themenbereichen des Annex III insgesamt zehn Themenbereiche als relevant für die Bundesstatistik identifiziert. Das bedeutet, dass für diese Bereiche statistische Daten aus der amtlichen Statistik möglicherweise bereitgestellt werden und damit einen teilweise beträchtlichen Mehrwert für INSPIRE in inhaltlicher Hinsicht schaffen könnten. Ob und in welcher Form Daten aus der amtlichen Statistik mittel- bis langfristig für INSPIRE benötigt werden, wird sich erst nach Vorliegen des entsprechenden europäischen Rechtsaktes herausstellen, der voraussichtlich Ende dieses Jahres verabschiedet wird.

In zahlreichen Vorträgen wurde die praktische Bedeutung von INSPIRE für Europa vertieft. Von Seiten der europäischen Kommission wurde auf folgendes hingewiesen:

- Europaweite Strategien und Vorhaben:
Besondere Bedeutung wird INSPIRE für umweltpolitischen Ziele wie „Innovation“ und „Ressourcenschonung“ beigemessen. Auch für „Europa 2020“, vor allem bezüglich der damit verbundenen Leitinitiativen wie „Digitale Agenda“, könne INSPIRE wichtige Ansatzpunkte liefern.
- Open Data und E-Government:
Dabei wurde nicht nur auf das Potenzial eines verstärkten IT-Einsatzes zur Verbesserung der Prozessabläufe bei der hoheitlichen Aufgabenerledigung diskutiert. Mehr noch wurde INSPIRE als ein Mittel gesehen, um eine größere Transparenz zu schaffen und bessere Zu-

sammenarbeit mit den Betroffenen – Bürgern und Unternehmen – herzustellen. Eine eigene Vortragsreihe war den Themen „Möglichkeiten und Grenzen von Zugangs- und Nutzungsbeschränkungen“ im Rahmen von INSPIRE gewidmet.

- Integration von INSPIRE in andere Portale vor allem auf inter- und supranationaler Ebene:

Besonders wurden hier Synergieeffekte zu anderen europäischen Informationsportalen wie „EYE on EARTH“ oder zum Kontinente übergreifenden Projekt „Global Earth Observation System of Systems“ (GEOS) diskutiert.

Die Schwerpunkte für zukünftige Arbeiten werden einmal in der Umsetzung der noch ausstehenden Rechtsakte und zum anderen in der Harmonisierung bestehender Datenangebote gesehen. Vor allem die Harmonisierung der Geobasisdaten, sowie deren Evaluierung – besonders in qualitativer Hinsicht –, erfordern erhöhte Aufmerksamkeit.

Diskussion auf SWR 2: Zahlenakrobatik – wie wir uns von Statistiken täuschen lassen

Statistisch kann man beweisen: Die Stadt mit der höchsten Kriminalitätsrate ist der Vatikan. Dieses seltsame Wunder der Kriminologie sagt aber nichts über den Vatikan, sondern darüber, was man mit Zahlen anstellen kann. Über den Umgang mit Statistiken diskutierte Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B im Statistischen Bundesamt, in der Radiosendung „Forum“ auf SWR 2 gemeinsam mit Prof. Gerd Bosbach, Mathematiker und Statistiker an der Fachhochschule Koblenz, und Prof. Laura Martignon, Mathematikdidaktikerin an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Thema der Sendung war: „Zahlenakrobatik – wie wir uns von Statistiken täuschen lassen“.

In der Sendung „Forum“ auf SWR 2 diskutieren täglich Experten aktuelle Fragen aus den Bereichen Politik, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Philosophie und Religion. Die Gesprächspartner haben 45 Minuten Zeit, Standpunkte zu klären, Sachverhalte zu reflektieren, Perspektiven zu entwickeln – immer mit dem Ziel, Orientierungswissen zu bieten.

Ausgehend von Fallbeispielen, wie statistische Daten fehlinterpretiert oder gar missbraucht werden können, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion darüber, wie man mit Statistik umgeht. Sibylle von Oppeln unterstrich,

dass für das Verständnis und die richtige Interpretation von Statistiken wichtig ist, deren Kontext zu kennen. Dafür tut das Statistische Bundesamt schon eine Menge: So werden in vielen der Veröffentlichungen nicht nur die nackten statistischen Ergebnisse herausgebracht, sondern sie werden zeitlich, räumlich und strukturell eingeordnet. Die Daten sind für jedermann frei zugänglich, Methodenbeschreibungen, Qualitätsberichte und andere Metadaten stehen allen im Internet zur Verfügung. Darüber hinaus fühlt sich das Statistische Bundesamt auch nach der Veröffentlichung für seine Produkte verantwortlich. Wird beispielsweise festgestellt, dass in Presseberichten die Zahlen fehlerhaft wiedergegeben oder interpretiert werden, reagiert das Statistische Bundesamt gegenüber den Medien schnellstmöglich.

Die Sendung wurde am Dienstag, den 24. April 2012, um 17:05 Uhr auf SWR 2 ausgestrahlt und steht im Internetangebot von SWR 2 als [Podcast](#) zur Verfügung.

Ägyptische Präsidentschaftswahlkommission zu Besuch beim Bundeswahlleiter



Am 8. Mai 2012 begrüßte Präsident Roderich Egeler in seiner Eigenschaft als Bundeswahlleiter die ägyptische Präsidentschaftswahlkommission. Sie wurde angeführt von Tarek Abou El Ata, Richter am Verfassungsgericht. Begleitet wurde er von fünf weiteren hochrangigen Richtern, einem Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht sowie einer Dolmetscherin.

Auf ihrer fünftägigen Deutschlandreise hatten die Gäste am 6. Mai in Kiel Gelegenheit, Einblicke in den Ablauf einer Landtagswahl zu gewinnen. Insbesondere der Ablauf der Stimmabgabe in den Wahllokalen und die sich anschließende Wähler- und Stimmenauszählung waren für sie von Interesse. Beim Bundeswahlleiter wollte die Kommission sich über die Organisation und Durchführung von Bundestagswahlen informieren. Nach einer allgemeinen Einführung in das deutsche Wahlrecht wurden die Strukturen, Kompetenzen und Tätigkeiten der Wahlorgane erörtert. Die Aufstellung der Wahlbewerber durch die Parteien, die Sicherung der Legitimität von Wahlen und die Wahlprüfung waren weitere Kernthemen.



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt

Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“

Unter dem Titel „Arbeitsmarkt 2012: Zwischen atypischer Beschäftigung und Fachkräftemangel?“ fand am 30. und 31. Mai 2012 im Großen Saal der Industrie- und Handelskammer (IHK) Wiesbaden die Wissenschaftliche Tagung des Fachausschusses „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“ statt. Die Veranstaltung mit gut 100 Teilnehmenden aus 50 Institutionen diente dem fachlichen Austausch der Mitglieder des Fachausschusses mit Arbeitsmarktexperten aus dem In- und Ausland. Die Tagung des Fachausschusses fand zum ersten Mal in Form einer wissenschaftlichen Tagung mit einem vorausgehenden öffentlichen „Call for Papers“ statt. Sie fand solch reges Interesse, dass nur eine Auswahl der Vortragsangebote angenommen werden konnte.

Nach spannenden Vorträgen und lebhaften Diskussionen lässt sich als einmütiges Fazit der Tagung festhalten, dass der deutsche Arbeitsmarkt heterogener geworden ist. Man sollte daher bei der Analyse und Beurteilung von Entwicklungen so differenziert wie möglich vorgehen und unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen. Wünschenswert ist zudem eine Arbeitsmarktbeobachtung, die Haushaltszusammenhänge ebenso berücksichtigt wie rechtliche Rahmenbedingungen und die demografische Entwicklung.

Trotz der Einigkeit bezüglich der Heterogenität des Arbeitsmarktes, gibt es im Detail Unterschiede bei der Abgrenzung der betrachteten Kategorien – beispielsweise zwischen verschiedenen Erwerbsformen wie Normalbeschäftigung und atypischer Beschäftigung. Es gibt zahlreiche, sich teilweise überschneidende Begrifflichkeiten und Definitionen, so dass eine weitere Harmonisierung der Konzepte angeregt wurde.

In Bezug auf die in der Tagung behandelten Schwerpunktthemen (Wandel der Erwerbsformen, atypische Beschäftigung im Vergleich sowie Fachkräftebedarf und Arbeitskräfteüberhang) bestehen noch zahlreiche Forschungs-

und Datenbedarfe. Die amtliche Statistik wird dies aufgreifen und berücksichtigen, soweit es ihr möglich ist. So ist eine verbesserte Erfassung der Zeit- und Leiharbeit durch den Mikrozensus bereits in Vorbereitung. Werkverträge und neue Formen der Selbstständigkeit sind zwei Beispiele für Felder, deren statistische Erfassung dringend weiterentwickelt werden muss. Insgesamt sind die wechselseitigen Beziehungen zwischen Erwerbsformen, Frauen- und Männererwerbsbeteiligung, Niedriglohnbeschäftigung, Regulierung der Arbeitsmärkte, Erwerbspotenzialen auch aus Unterbeschäftigung, Bildungsmöglichkeiten und der demografischen Entwicklung stärker zu berücksichtigen.

Das Konzept, durch eine neue Form der Fachausschusssitzung Arbeitsmarktexperten zum fachlichen Austausch zusammenzubringen, hat sich als erfolgreich erwiesen, was auch die Ergebnisse der Teilnehmendenbefragung zeigt: Die Teilnehmenden sprachen sich mit deutlicher Mehrheit von über 70 % dafür aus, den Fachausschuss Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt auch in Zukunft bevorzugt in Form wissenschaftlicher Tagungen durchzuführen. Der bisherige zwei- bis dreijährige Rhythmus der Fachausschusssitzungen wurde ebenfalls von einer breiten Mehrheit für „gerade richtig“ befunden.

Das Programmheft der Veranstaltung sowie die von den Vortragenden gezeigten Präsentationen stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung.

Weitere Informationen können über unsere Rufnummer 0611 75 4413 oder per E-Mail an arbeitsmarkt@destatis.de erfragt werden.

44. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die 44. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fand vom 25. bis 26. April 2012 in Kamenz statt.

Thematischer Schwerpunkt dieser Tagung war nach wie vor die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2011. Neben der Einführung der Wirtschaftszweigsystematik 2008 (WZ 2008) werden mit dieser Revision in den VGR methodische Verbesserungen realisiert sowie neue Datenquellen erschlossen. Insbesondere bei der BWS-Berechnung (Bruttowertschöpfung) in den Dienstleistungsbereichen werden künftig verstärkt Informationen aus der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich (SiD)

genutzt. Der Arbeitskreis VGR der Länder beschloss die Berechnungsmethoden der Fortschreibungen des Bruttoinlandsproduktes (BIP) sowie der Bruttoanlageinvestitionen ab der Revision 2011 auf Länderebene. Darüber hinaus verständigte sich der Arbeitskreis auf die Umsetzung einer optimierten Methode bei der Berechnung der Privaten Konsumausgaben.

Erste detaillierte Länderergebnisse der VGR-Revision 2011 für das BIP und die Bruttowertschöpfung nach der neuen Wirtschaftszweiggliederung WZ 2008 wurden am 9. Juli 2012 für die Jahre 2008 bis 2011 vorgestellt und steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung. Die Freigabetiefen für die Bruttowertschöpfung und für das Arbeitnehmerentgelt bzw. der Bruttolöhne und -gehälter im Rahmen der Erstveröffentlichung wurden ebenfalls auf der 44. Tagung fixiert. Mit der Veröffentlichung der revidierten Länderergebnisse wird der Arbeitskreis eine Information für Kunden vorlegen, die die wichtigsten Inhalte und Auswirkungen der Revision erläutert.

Die 45. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt ausgerichtet. Sie wird vom 7. bis 8. November 2012 in der Lutherstadt Wittenberg stattfinden.

Auskünfte erhalten Sie über www.destatis.de/kontakt.



Bevölkerung, Finanzen und Steuern

Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes und von steuerlichen Vorschriften

§ 3 Absatz 1 Satz 4 des Gemeindefinanzreformgesetzes wurde durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes und von steuerlichen Vorschriften vom 8. Mai 2012 (BGBl. I S. 1030) geändert.

Der Gemeindeanteil am Aufkommen an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sowie am Aufkommen an Kapitalertragsteuer nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6, 7 und 8 bis 12 sowie Satz 2 des Einkommensteuergesetzes wird von jedem Land gemäß Artikel 106 Absatz 5 des Grundgesetzes nach einem durch Bundesgesetz geregelt

ten Verteilungsmaßstab auf die einzelnen Gemeinden seines Gebietes aufgeteilt. Bei der Ermittlung der Verteilungsschlüssel werden die Einkommensteuerbeträge zugrunde gelegt, die auf zu versteuernde Einkommen bis zu bestimmten Höchstbeträgen entfallen. Diese Höchstbeträge werden bei jeder Umstellung der Verteilung auf aktuelle statistische Daten – hier auf die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007 – auf der Grundlage von Modellrechnungen daraufhin überprüft, ob sie anzupassen sind.

Die Ergebnisse der Modellrechnungen zu den Höchstbeträgen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer haben gezeigt, dass mit der Umstellung des Verteilungsschlüssels auf die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007 eine Erhöhung der Höchstbeträge auf 35 000 Euro für einzeln veranlagte Steuerpflichtige und 70 000 Euro für zusammen veranlagte Ehegatten geboten war.

Demzufolge ist § 3 Absatz 1 Satz 4 des Gemeindefinanzreformgesetzes entsprechend angepasst worden.

Artikel 1 des Gesetzes ist mit Wirkung vom 1. Januar 2012 in Kraft getreten.

Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“

Am 5. Juni 2012 fand im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden die Tagung des Fachausschusses „Finanz- und Steuerstatistik“ zum Themenkomplex „Finanz- und Personalstatistiken statt. Die Mitglieder des Fachausschusses – das sind vornehmlich Vertreterinnen und Vertreter der Finanzministerien des Bundes und der Länder, des Bundesrechnungshofs, der Deutschen Bundesbank, der statistischen Ämter der Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände – wurden von der Gruppe F3 – Finanzen und Steuern über aktuelle Entwicklungen in den Finanz- und Personalstatistiken informiert. Ein Schwerpunktthema war die Umsetzung des sogenannten „Schalenkonzepts“. In den Vorträgen wurden die methodischen Grundlagen des Schalenkonzepts erläutert und deren praktische Umsetzung in den einzelnen Statistiken vorgestellt. Die europäischen Anforderungen an die Finanzstatistiken und die Präsentation von Maßnahmen der Qualitätssicherung waren weitere wichtige Themen. Vorgestellt wurden dem Fachausschuss auch die zurzeit in Vorbereitung befindlichen Änderungen des Finanz- und

Personalstatistikgesetzes, die unter anderem zur Erfüllung von EU-Anforderungen dienen. Von der Möglichkeit, im Anschluss an die Vorträge Fragen zu stellen und zu diskutieren, machten die Mitglieder des Fachausschusses rege Gebrauch.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4166 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Ausländische Bevölkerung im Jahr 2011

Am Jahresende 2011 lebten insgesamt rund 6,93 Millionen Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland (Daten des Ausländerzentralregisters). Gegenüber 2010 hat die Zahl der im Ausländerzentralregister registrierten ausländischen Bevölkerung um rund 177 300 Personen zugenommen (+ 2,6 %). Dies war der höchste Zuwachs seit 15 Jahren.

Besonders stark hat sich die Zahl der Ausländer/-innen aus den 2004 der EU beigetretenen Ländern erhöht: Sie stieg gegenüber 2010 um 79 100 Personen (+ 12,9 %). Vor allem die Zahl der Personen aus den acht mittel- und osteuropäischen Staaten, für die Deutschland seit dem 1. Mai 2011 die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt, hat deutlich zugenommen; darunter besonders die Zahl der polnischen (+ 49 000 Personen) und der ungarischen Staatsangehörigen (+ 13 900 Personen).

Auch die Zahl der Personen aus den von der Euro-Krise besonders betroffenen Mittelmeerstaaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien hat 2011 um + 16 700 (+ 1,7 %) zugenommen. Griechische Staatsangehörige hatten daran mit 7 000 Personen den größten Anteil.

Im Ausländerzentralregister werden lediglich jene Ausländerinnen und Ausländer erfasst, die sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Das Ausländerzentralregister weist deshalb bei Bestandszahlen und Veränderungen in der Regel niedrigere Werte aus als andere Datenquellen. Deshalb sind die Bestandszahlen aus dem Ausländerzentralregister nicht unmittelbar mit denen aus der Bevölkerungsfortschreibung vergleichbar. Gleiches gilt für Registerdaten über Zu- und Fortzüge und entsprechende Angaben aus der Wanderungsstatistik.

Die Veröffentlichung „Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters“ steht im Internet-

angebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4365 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Deutsch-Chinesisches Projekt „Erwerbstätigenstatistik“ erfolgreich abgeschlossen



Im Jahr 2009 bat das Nationale Statistikamt der Volksrepublik China (NBS) das Statistische Bundesamt um Unterstützung bei der Weiterentwicklung der

Erwerbstätigenstatistik. Das Thema wurde daraufhin in die von den beiden damaligen Vizepräsidenten unterzeichnete Kooperationsvereinbarung aufgenommen. Es folgten Fachberatungen mit dem Ziel, die Aufarbeitung der aus unterschiedlichen Quellen stammenden Daten zur Beschäftigung und zur Arbeitslosigkeit im NBS zu verbessern und die Qualität der Arbeitserhebung zu erhöhen.

Nach zwei Experteneinsätzen in China von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Bereichen Mikrozensus/AKE (Arbeitserhebung), Arbeitsmarkt und IT (Informationstechnik) sowie drei Studienbesuchen der chinesischen Kolleginnen und Kollegen in Deutschland, endete das Projekt „Erwerbstätigenstatistik“ nun mit abschließenden Beratungen in Peking. Dazu wurde die deutsche Delegation vom Vizepräsidenten des NBS, Zhang Weimin, begrüßt. Schwerpunkt der Gespräche waren das Hochrechnungsverfahren bei der Arbeitserhebung sowie die Berechnung und Veröffentlichung von originären und bereinigten Monatsergebnissen aus der deutschen Arbeitserhebung. Das im deutschen Mikrozensus für die unterjährige Erhebung eingeführte Hochrechnungsverfahren (Generalized Regression Estimation) sowie die Erfahrungen Deutschlands mit der monatlichen Berichterstattung zum Arbeitsmarkt stießen bei den chinesischen Kollegen und Kolleginnen auf großes Interesse. Darüber hinaus informierten sie sich über den Einsatz von computergestützten Verfahren im deutschen Mikrozensus sowie über Fragen der Qualitätssicherung.

Im Bereich der Arbeitsmarktstatistik hat das NBS über die letzten drei Jahre eine Vielzahl von Anregungen entwickelt und konkrete Verbesserungen erreicht – hierzu zählen Weiterentwicklungen des Stichprobendesigns und des Hochrechnungsverfahrens der chinesischen Arbeitserhebung

sowie der teilweise Einsatz von computergestützten Erhebungsverfahren. Das NBS bewertet den Einsatz im Speziellen wie auch die Kooperation im Projekt „Erwerbstätigenstatistik“ im Allgemeinen als sehr erfolgreich und bedankte sich sehr herzlich bei den deutschen Expertinnen und Experten.

Mit dem Abschluss des Teil-Projekts „Erwerbstätigkeit“ schließt sich auch ein weiterer Kooperationszyklus in der bilateralen Kooperation mit dem NBS. Die letzten Beratungen in den Teil-Projekten zu den Themen „Statistische Gesetzgebung“, „Internet-Datenverbreitung und statistischer Informationsdienst“ sowie „Verdienste und Arbeitskosten“ waren Ende 2011 durchgeführt worden.

Das NBS hat bereits weiteren Beratungsbedarf zum Ausdruck gebracht. Auf dieser Grundlage befinden sich die Fachleute des Statistischen Bundesamtes zur Zeit mit den chinesischen Kolleginnen und Kollegen in der Abstimmung der Themen, die in den nächsten Jahren im Fokus der Zusammenarbeit stehen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8150 oder unter www.destatis.de/kontakt.



Landwirtschaft, Umwelt

Fachausschuss „Agrarstatistiken“

Am 25. April 2012 tagte der Fachausschuss „Agrarstatistiken“ im Statistischen Bundesamt, Zweigstelle Bonn. Ziel der Fachausschusssitzung war es, einerseits auf die Durchführung der Landwirtschaftszählung 2010 zurück zu blicken und andererseits aktuelle und künftige Themen aus dem Statistikbereich zu diskutieren.

Im ersten Vortrag berichteten Vertreter des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein über den Verlauf der Landwirtschaftszählung 2010. Die Durchführung der Erhebung unterschied sich zwischen den Statistischen Ämtern der Länder entsprechend der landesspezifischen Rahmenbedingungen im föderalen System der Bundesstatistik. Bei der Landwirtschaftszählung wurden Verwaltungsquellen in vielfältiger Form genutzt. Neben den Vorzügen der Nutzung von Verwaltungsdaten wurde auch auf die Nachteile wie

z. B. Unterschiede in der Definition der Einheiten eingegangen.

Im zweiten Vortrag erläuterten Vertreter des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz die neuen Erhebungen bei Gemüse und Strauchbeeren. Den Schwerpunkt des Vortrages bildete die Gegenüberstellung der bisherigen Methodik zur Ermittlung der Gemüse- und Strauchbeerenproduktion mit dem zukünftigen Konzept zur Gewinnung der Informationen. Mit den neu konzipierten Erhebungen werden die geänderten Anforderungen der Europäischen Union erfüllt und es wird eine Verbesserung der Datenqualität erwartet. Erstmals werden Daten über Speisepilze und die ökologische Produktion von Gemüse (einschl. Erdbeeren) und Strauchbeeren erhoben.

Die zwei Referenten des vorangegangenen Vortrags stellten zudem die Erhebungsmethodik zur Gewinnung der Erntemengen bei Feldfrüchten und Grünland vor. Grundlage für die Berechnung der Erntemengen sind die Ernte- und Betriebsberichterstattung (EBE), die Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE) und die Bodennutzungshaupterhebung. Sie gingen insbesondere darauf ein, wie sich EBE und BEE ergänzen und stellten die Änderungen bei der Ermittlung der Ernte im Rahmen der EBE ab dem Jahr 2010 vor.

Der Vertreter des Deutschen Bauernverbandes stellte Anregungen für zusätzliche Informationsbedarfe vor. Er gliederte dazu seinen Vortrag in vier Informationsfelder (Wirtschaftliche Lage, Biodiversität, Ressourcen- und Klimaeffizienz, Globale Agrarmärkte) und erläuterte für diese die politischen Rahmenbedingungen, insbesondere die der möglichen Auswirkungen der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die Entwicklungen in der Landwirtschaft, um danach die Handlungsoptionen zu skizzieren. Bei der „Wirtschaftlichen Lage“ besteht aus Sicht des Deutschen Bauernverbandes Handlungsbedarf bei der sachgerechten Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft. Bei der „Biodiversität“ sollte das „Greening“ der GAP im Hinblick auf divergierende gesellschaftliche Interessen und Ziele besser erfasst und dargestellt werden. Für die „Ressourcen- und Klimaeffizienz“ wurde angeregt, insbesondere Analysen der Flächenverwendung auf nationaler und internationaler Ebene zu verbessern. Im vierten Informationsfeld „Globale Agrarmärkte“ müsste die Markttransparenz verbessert

werden. Die globalen Angebots- und Nachfrageschätzungen sollten aus europäischer Sicht deutlich verfeinert und dafür neue Methoden der globalen Erfassung von Ernten/Biomasse vorangetrieben werden (Satellitengestützte Systeme).

Im letzten Vortrag gab das Statistische Bundesamt einen Überblick über die Prioritätensetzung der europäischen Statistik. Das Mehrjahresprogramm 2013 bis 2017 hat das Hauptziel, zur Implementierung der EU-2020 Strategie beizutragen. Dabei sollen die Gesamtrechnungssysteme und Indikatoren auf Mehrzweckstatistiken (Primär- und Sekundärdaten) basieren.

Im Jahr 2013 stehen u. a. die Diskussion eines neuen Systems der Agrarstrukturerhebungen und vorbereitende Arbeiten zur Harmonisierung von Daten zu Bodenbedeckung und Bodennutzung (Stichwort: harmonisierte Flächenstatistik) im Fokus. Weiter werden Daten zur ökologischen Produktion gesammelt und ein System zur Sammlung von Daten zu Agrarumweltindikatoren erstellt. Auch eine Stärkung der Rolle des Europäischen Statistischen Systems bei der Entwicklung georeferenzierter Darstellungen auf Basis der Landwirtschaftszählung wird vorgesehen.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8620 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Mehr Treibhausgas Schwefelhexafluorid in 2011 abgesetzt

Im Jahr 2011 haben Gashändler in Deutschland rund 1 131 Tonnen des extrem klimawirksamen Treibhausgases Schwefelhexafluorid (SF₆) abgesetzt. Das entspricht rund 5 % mehr als im Vorjahr. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf gestiegene Auftragseingänge im Zuge der sich erholenden Konjunktur zurückzuführen. Bereits im Jahr 2010 war der Absatz von SF₆ gegenüber dem Vorjahr um 13 % angestiegen.

Bei der öffentlichen Diskussion des Klimawandels stehen aufgrund der großen freigesetzten Menge Kohlendioxid-Emissionen (CO₂) als Treibhausgas im Fokus. Das stärkste bisher bekannte Treibhausgas ist allerdings Schwefelhexafluorid: Es trägt in einem Zeithorizont von 100 Jahren 23 900 Mal stärker zum Treibhauseffekt bei als CO₂. Umgerechnet in CO₂-Äquivalente entspricht die Verkauf-

menge von SF₆ im Jahr 2011 einem Treibhauspotenzial (Global Warming Potential, kurz GWP) von rund 27 Millionen Tonnen. Diese Menge gelangte allerdings nicht komplett in die Atmosphäre, zu Teilen wurde das Gas auch in geschlossene Systeme gefüllt und damit (vorerst) nicht als Emission freigesetzt.

Das geruchslose, nicht brennbare, sehr reaktionsträge Gas wird hauptsächlich im Produktionsprozess der Elektroindustrie eingesetzt. Hier wurden 2011 rund 22,5 Millionen GWP-gewichtete Tonnen insbesondere als Ätz- und Kammerreinigungsgas verwendet. Die zweitgrößte Abnehmergruppe waren im Jahr 2011 Aluminium-Gießereien mit einem Absatz von 1,2 Millionen GWP-gewichteten Tonnen.

Weitere Informationen zum Handel mit Schwefelhexafluorid stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8211 oder unter www.destatis.de/kontakt.



Gesundheit, Bildung

Gesundheitsausgaben 2010

Im Jahr 2010 betragen die Ausgaben für Gesundheit in Deutschland 287,3 Milliarden Euro. Gegenüber 2009 war dies ein Plus von 8,9 Milliarden Euro oder 3,2 %. Damit lagen die Ausgaben je Einwohner/-in bei rund 3 510 Euro (2009: 3 400 Euro).

Die Gesundheitsausgaben entsprachen 11,6 % des Bruttoinlandsproduktes; im Jahr 2009 hatte dieser Wert bei 11,7 % gelegen. Der leichte Rückgang dieses Indikators im Jahr 2010 ist auf den starken Anstieg der Wirtschaftsleistung nach dem Krisenjahr 2009 zurückzuführen.

Größter Ausgabenträger im Gesundheitswesen war im Jahr 2010 die gesetzliche Krankenversicherung. Sie trug mit 165,5 Milliarden Euro rund 58 % der gesamten Gesundheitsausgaben.

Im Jahr 2010 entfielen insgesamt 7 % der Gesundheitsausgaben auf die soziale Pflegeversicherung. Den zweitstärksten Anstieg der Gesundheitsausgaben zeigten die

privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Ihr Ausgabenanteil betrug 14 %.

Einrichtungen der ambulanten Gesundheitsversorgung spielen in Deutschland traditionell eine bedeutende Rolle. Fast jeder zweite Euro der Ausgaben für Güter und Dienstleistungen im Gesundheitswesen wurde in Einrichtungen der ambulanten Gesundheitsversorgung ausgegeben (49 %).

Im (teil-)stationären Sektor stiegen die Ausgaben um 4 % auf 104,2 Milliarden Euro. Dies entsprach einem Anteil von 36 % an den gesamten Gesundheitsausgaben. Das überdurchschnittliche Ausgabenwachstum in den Krankenhäusern ist vor dem Hintergrund des Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes zu sehen, welches unter anderem zur Verbesserung der Stellensituation beim Pflegepersonal beigetragen hat.

Die vorgestellten Ergebnisse folgen dem Konzept des „System of Health Accounts“, welches von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) empfohlen wird, um Gesundheitsausgaben international vergleichbar zu machen. Gemäß den dort enthaltenen Definitionen umfassen die Gesundheitsausgaben sämtliche Güter und Leistungen mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege, die Kosten der Verwaltung sowie Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Aufwendungen für Forschung und Ausbildung im Gesundheitswesen sowie Ausgaben für krankheitsbedingte Folgen (z. B. Leistungen zur Eingliederungshilfe) und Einkommensleistungen, wie die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, sind darin nicht enthalten. Begründet durch diese Abgrenzung weichen die Gesundheitsausgaben in der Gesundheitsausgabenrechnung von den Ausgaben der einzelnen Sozialversicherungsträger, insbesondere denen der gesetzlichen Krankenversicherung, ab.

Detaillierte Daten und lange Zeitreihen zu den Gesundheitsausgaben können über die Tabellen zur Gesundheitsausgabenrechnung (23611) in der Datenbank GENESIS-Online unter www-genesis.destatis.de abgerufen werden. Viele weitere gesundheitsbezogene Daten und Tabellen zu den Gesundheitsausgaben mit tieferen Gliederungen finden sich auch im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes unter www.gbe-bund.de.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8115 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Bericht „Bildung in Deutschland 2012“



Der vierte Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2012“ liefert eine umfassende Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung über allgemeinbildende und berufliche Bildung, Hochschulbildung bis hin zu den verschiedenen Formen der Weiterbildung und dem Lernen im Erwachsenenalter. Der Bericht informiert auf der Grundlage von Indikatoren über die aktuelle Situation im deutschen Bildungswesen, seine Leistungsfähigkeit und seine Problemlagen. Im Rahmen einer vertiefenden Analyse widmet er sich der kulturellen Bildung im Lebenslauf.

Erarbeitet wurde der Bericht im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von der Autorengruppe Bildungsberichterstattung, der auch die statistischen Ämter von Bund und Ländern angehören. Die Federführung lag beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF).

Der Bildungsbericht und weiterführende Materialien stehen unter www.bildungsbericht.de kostenlos zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4611 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Hochschulen auf einen Blick 2012



In der Broschüre „Hochschulen auf einen Blick“ werden die wichtigsten nationalen Kennzahlen zu Hochschulzugang, Absolventen, Personalstruktur und Betreuung, überregionaler Attraktivität sowie finanzieller Ausstattung der Hochschulen im Hinblick auf Berechnungsverfahren, Aussagekraft und zentrale Ergebnisse kommentiert und visualisiert. Die Broschüre richtet sich vor allem an Hochschulen und Studierende, an Politik und Wissenschaft sowie die interessierte Öffentlichkeit

und bietet einen kompakten Überblick über Strukturen und aktuelle Entwicklungen in zentralen Bereichen der deutschen Hochschullandschaft.

Im Fokus der Ausgabe 2012 von „Hochschulen auf einen Blick“ stehen Veränderungen und Trends, die sich seit der Ausgabe 2011 abgezeichnet haben. Hier ist insbesondere die fortschreitende Etablierung der Bachelor- und Masterabschlüsse zu nennen, die sich sowohl auf die Fach- und Gesamtstudiendauer als auch auf das Durchschnittsalter der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen auswirkt. Des Weiteren werden erstmals Daten über den Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die ihr Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen haben, dargestellt.

Die Veröffentlichung bezieht sich ausschließlich auf nationale hochschulstatistische Kennzahlen. Deren Definitionen und Abgrenzungen weichen zum Teil von denen der internationalen Kennzahlen, die die amtliche Statistik jährlich an die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liefert, ab.

„Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2012“ steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4168 oder unter www.destatis.de/kontakt.

200 400 Promovierende im Wintersemester 2010/2011



Im Wintersemester 2010/2011 wurden rund 200 400 Promovierende von Professorinnen und Professoren an deutschen Hochschulen betreut. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, promovierten neben den 104 000 immatrikulierten Promotionsstudierenden an deutschen Hochschulen fast genauso viele weitere Personen, ohne an einer Hochschule eingeschrieben zu sein. Erfolgreich abgeschlossen wurden 2010 in Deutschland insgesamt 25 600 Promotionen.

Die meisten Promovierenden strebten einen Dokortitel in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften an. In diesem Bereich promovierten im Wintersemester 2010/2011 rund 58 400 Personen (29 %). Die Ingenieur-

wissenschaften bildeten mit 44 500 Promovierenden (22 %) die zweitgrößte Fächergruppe, gefolgt von den Sprach- und Kulturwissenschaften mit 38 700 Promovierenden (19 %).

Die Ergebnisse basieren auf Stichprobenerhebungen bei Professorinnen und Professoren sowie Promovierenden auf freiwilliger Basis. Weitere detaillierte Ergebnisse zu den Promovierenden sowie die Beschreibung der Erhebungskonzepte sind im Fachbericht „Promovierende in Deutschland“ dargestellt. Dieser steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4140 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Ausgaben für öffentliche Schulen 2009



Für die Ausbildung einer Schülerin oder eines Schülers an öffentlichen Schulen gaben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2009 durchschnittlich 5 500 Euro aus (2008: 5 100 Euro).

Je nach Schulart waren die Ausgaben je Schülerin beziehungsweise Schüler unterschiedlich hoch: bei Grundschulen lagen sie bei 4 800 Euro, an Gymnasien bei 6 200 Euro, an den Berufsschulen im Dualen System bei 2 400 Euro und an Integrierten Gesamtschulen bei 6 300 Euro.

Personalausgaben sind die dominierende Ausgabenkomponente für öffentliche Schulen. Hierauf entfielen im Bundesdurchschnitt 4 400 Euro, während für die Unterhaltung der Schulgebäude, Lehrmittel und dergleichen durchschnittlich 700 Euro sowie für Baumaßnahmen und andere Sachinvestitionen 400 Euro je Schülerin beziehungsweise je Schüler verausgabt wurden.

Die Kennzahl „Ausgaben für öffentliche Schulen pro Schülerin beziehungsweise Schüler“ wird dadurch ermittelt, dass die Ausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand und Investitionen an öffentlichen Schulen auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler im selben Kalenderjahr bezogen wird.

Weitergehende Daten, insbesondere detaillierte Länderkennzahlen, stehen in der Publikation „Ausgaben je Schüler/-in 2009“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zum Download zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummern 0611 75 4180 und -4746 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Personalnachrichten

Statistisches Bundesamt

Regierungsdirektorin Marion Engelter, Leiterin der Gruppe B1 „Planung und Koordinierung, internationale Kooperation, Rechtsfragen der Statistik“ wurde zur Leitenden Regierungsdirektorin ernannt.

Regierungsdirektor Prof. Dr. Markus Zwick, Leiter des Forschungsdatenzentrums in der Gruppe B2 „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“, wurde dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) als Sachverständiger zur Dienstleistung zugewiesen.

Regierungsdirektor Peter Bleses, Leiter der Gruppe F3 „Finanzen und Steuern“, wurde zum Leitenden Regierungsdirektor ernannt.

Zum Regierungsdirektor/zur Regierungsdirektorin beim Statistischen Bundesamt ernannt wurden:

- Oberregierungsrat Dr. Daniel Vorgrimler, Leiter des Referats A 301 „Grundsatzfragen und Methodik der Bürokratiekostenmessung“,
- Oberregierungsrätin Annette Pfeiffer, Leiterin des Referats B 303 „Zensuskommunikation, D115, Kundenmanagement“,
- Oberregierungsrat Thomas Forster, Leiter des Referats D 203 „Staatssektor, EU-Stabilitätspakt“,
- Oberregierungsrat Roland Sturm, Leiter des Referats E 101 „Weiterentwicklung des URS, Methodik statistischer Einheiten, Unternehmensgruppenregister“,
- Oberregierungsrat Roland Günther, Leiter des Referats E 109 „Verdienststrukturerhebung, Arbeitskostenerhebung“,
- Oberregierungsrat Steffen Seibel, Leiter des Referats F 104 „Haushaltsstichprobe (Methodik), Auswertungsdatenbank“,
- Oberregierungsrätin Carola Kühnen, Leiterin des Referats H 302 „Methodik der europäischen Haushalterhebungen“.

Regierungsrätin Simone Spacek, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates A 202 „Personalbetreuung“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Oberregierungsrat Kay Sommer wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates B 106 „Grundsatzfragen des Statistikrechts“ beauftragt.

Diplom-Ingenieur Detlef Stüber, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates C 201 „Datenverarbeitungszentrum, IT-Logistik, IT-Leistungsmessung und Verrechnung, Prozesse der IT-Infrastruktur“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Jürgen Kötz, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates C 205 „Datenbankbetreuung, Systembetreuung OSD-Anlagen, Datensicherung/Archivierung, Speichermanagement“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Oberregierungsrätin Simone Nischalke, Leiterin des Referats E 308 „Kostenstruktur, Informationsgesellschaft“, wurde zur Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht versetzt.

Regierungsrat Thomas Baumann wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates H 205 „Rechtspflege“ beauftragt.

Leitender Regierungsdirektor Dr. Karl Schoer, ehemals Leiter der „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ (früher: Gruppe III E), wurde mit Ablauf des Monats Mai 2012 in den Ruhestand versetzt.

Hessisches Statistisches Landesamt

Dr. Christel Figgner wurde mit Wirkung vom 2. Mai 2012 zur Amtsleiterin des Hessischen Statistischen Landesamtes ernannt. Sie ist damit Nachfolgerin von Eckhart Hohmann, der in den Ruhestand getreten ist.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
Tagungen im Zeitraum April bis Juni 2012*		
18./19. April 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
24./25. April 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
25. April 2012	Bonn	Fachausschuss „Agrarstatistiken“
25./26. April 2012	Kamenz	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
26. April 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
2./3. Mai 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
8./9. Mai 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
8./9. Mai 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
8./9. Mai 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
8.–10. Mai 2012	Dresden	Ausschuss „Justizstatistik“
9./10. Mai 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
13.–15. Mai 2012	Schwerin	Amtsleiterkonferenz
15. Mai 2012	Schwerin	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
29.–31. Mai 2012	Schwerin	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
30./31. Mai 2012	Wiesbaden	Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“
30./31. Mai 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“ und Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“

*Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
5. Juni 2012	Wiesbaden	Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“ (Bereich: Finanz- und Personalstatistik)
12./13. Juni 2012	Potsdam	Arbeitskreis „Informationstechnik“
12.–14. Juni 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“ und Referentenbesprechung „Wohngeld- statistik“
27./28. Juni 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Agrarstatistiken“
28. Juni 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Flächenstatistik“

Tagungen im Zeitraum Juli bis Dezember 2012*

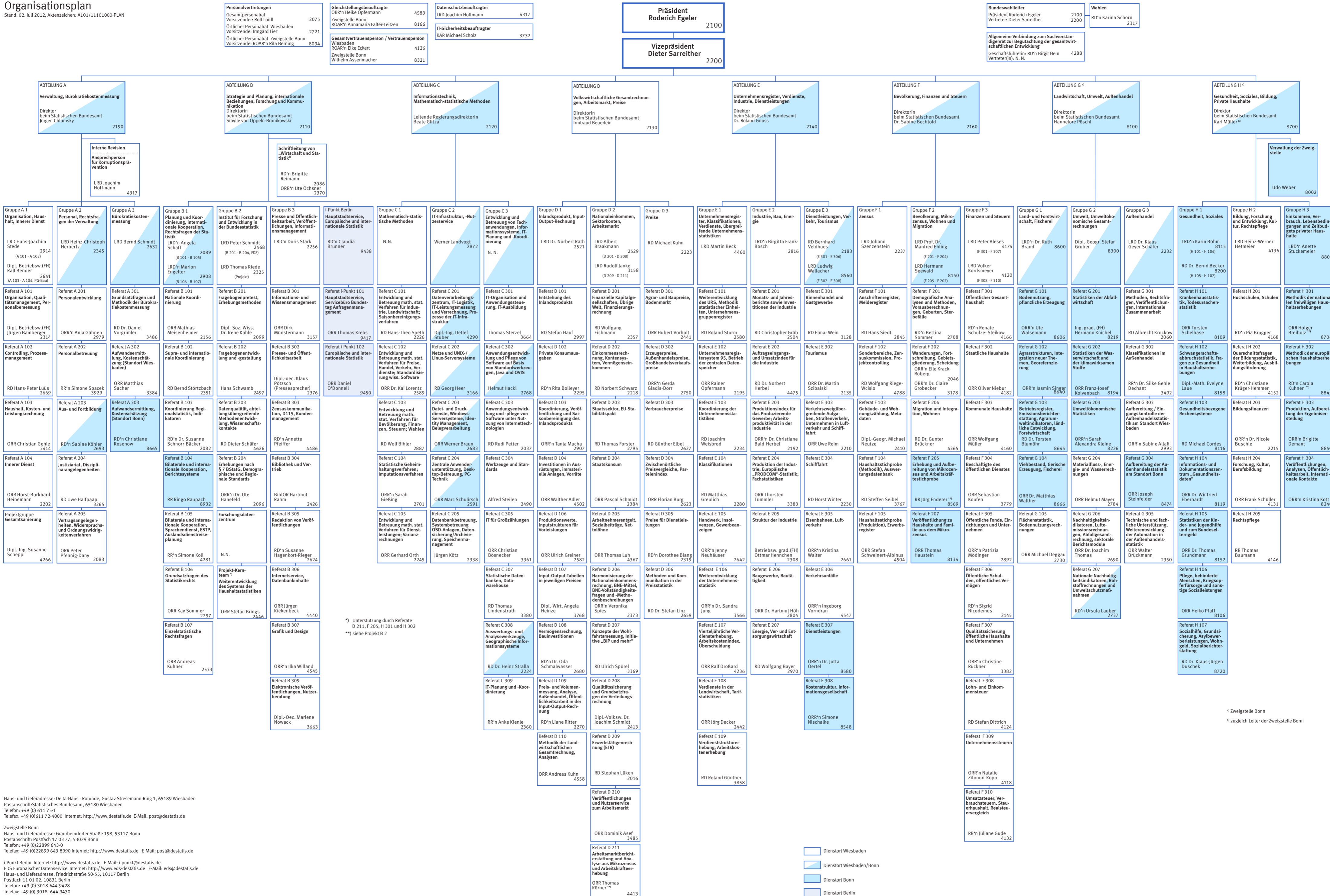
19. Juli 2012	Wiesbaden	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
4. September 2012	Wiesbaden	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
5. September 2012	Wiesbaden	Statistischer Beirat
6./7. September 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflege- statistik“
18./19. September 2012	Bonn	Fachausschuss „Statistik des Gesundheitswesens“
18.–21. September 2012	Wien	Statistische Woche
19./20. September 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
25.–27. September 2012	Saarbrücken	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
27. September 2012	Wiesbaden	Arbeitskreis „Berufsbildungsstatistik“
8./9. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
9.–11. Oktober 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
11./12. Oktober 2012	Berlin	Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“ (Bereich: Steuern)

* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
16./17. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
17./18. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
18./19. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenz- und Überschuldungsstatistik“
22.–24. Oktober 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
23./24. Oktober 2012	Hamburg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
23./24. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
6./7. November 2012	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
6./7. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
6.–8. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
7. November 2012	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
7./8. November 2012	Wittenberg	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
9. November 2012	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
12.–16. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“ und Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
14./15. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
14./15. November 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
19./20. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
27./28. November 2012	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
27./28. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
4./5. Dezember 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Agrarstatistiken“

Organisationsplan

Stand: 02. Juli 2012, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
 Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefon: +49 (0) 611 75-1
 Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn
 Telefon: +49 (0) 22899 643-0
 Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

I-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: i-punkt@destatis.de
 EDs Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds.destatis.de> E-Mail: eds@destatis.de

Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
 Postfach 11 01 02, 10831 Berlin
 Telefon: +49 (0) 3018-644-9428
 Telefax: +49 (0) 3018-644-9430

^{*)} Unterstützung durch Referate D 211, F 205, H 301 und H 302
^{**)} siehe Projekt B 2

^{*)} Dienststelle Bonn
^{**)} zugleich Leiter der Dienststelle Bonn